



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

JANUAR 2022

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Drei neue Minister im Amt

REGIERUNG Backes, Engel und Haagen vereidigt

Die Regierungsumbildung ist vollzogen. Am Mittwoch wurden Yuriko Backes (DP), Georges Engel und Claude Haagen (beide LSAP) von Großherzog Henri vereidigt, nachdem Pierre Gramegna (DP), Dan Kersch und Romain Schneider (beide LSAP) sich aus der Regierung zurückgezogen hatten. Yuriko Backes übernimmt das Finanzministerium von Gramegna

und wird somit die erste Frau auf diesem Posten sein. Georges Engel wird Arbeits- und Sportminister und übernimmt damit die Ressorts von Dan Kersch, während Claude Haagen als Landwirtschaftsminister und Minister für soziale Sicherheit in die Fußstapfen von Romain Schneider tritt. Dan Kersch's Rolle als Vizepremierminister wird in Zukunft von der LSAP-Gesund-

heitsministerin Paulette Lenert übernommen.

Die Vereidigung fand zwar im großherzoglichen Palast statt, doch der Staatsehe wurde per Videokonferenz zugeschaltet, da er sich mit dem Coronavirus infiziert hat und in Isolation ist. Aus dem Grund musste auch die Verabschiedung der drei zurückgetretenen Minister abgesagt werden.



Fotos: Editpress/Fabrizio Pizzolante

Premierminister Xavier Bettel (2.v.r.) mit seinen drei neuen Kabinettsmitgliedern Georges Engel (l.), Yuriko Backes und Claude Haagen

Aufgrund seiner Corona-Infektion wurde Großherzog Henri per Video aus Colmar-Berg zugeschaltet

Neue Ministerin, ähnliche Prioritäten

Yuriko Backes setzt in Brüssel auf Kontinuität und vermeidet überraschende Stellungnahmen

Brüssel. Beim Brüsseler Treffen der Euro-Finanzminister am Montag und der EU-Finanzminister am Dienstag gab es viele neue Gesichter, die durchaus auch für einen gewissen Stilwechsel stehen, der obendrein Folgen auf die Zukunft der Europäischen Union haben könnte.

Zu den „Neuen“ gehörten am Montag und am Dienstag etwa der deutsche Finanzminister Christian Lindner (FDP) und die Niederländerin Sigrid Kaag von der linksliberalen D66-Partei. Beide Politiker stehen für einen leichten Kurswechsel in ihren jeweiligen Ländern: Lange galten Berlin und Den Haag als Anhänger der strengen Austerität und Gegner jeglicher Vergemeinschaftung auf EU-Ebene. Doch sowohl Lindner wie auch Kaag, die neulich gebildete Regierungskoalitionen vertreten, weichen in Brüssel subtil von der traditionellen Linien ihrer Herkunftstaaten ab: Beide sprachen sich für mehr Investitionen aus – und anstatt Türen zu schließen, waren sie

bemüht, Öffnungen in Brüssel erkennen zu lassen. Yuriko Backes (DP), Luxemburgs neue Finanzministerin, pochte bei ihrer Brüssel-Premiere dagegen auf Kontinuität – Nuancen mit ihrem Vorgänger Pierre Gramegna ließen sich in ihren öffentlichen Stellungnahmen bislang kaum erkennen. „Ich komme nicht aus einer neuen Regierung mit einem neuen Regierungsabkommen“, sagte Backes in Brüssel. Eine Revolution bei den Positionen Luxemburgs sei demnach nicht zu erwarten. Yuriko Backes Profil hatte nach ihrer überraschenden Nominierung als Pierre Gramegnas Nachfolgerin Ende 2021 für Spekulationen diesbezüglich gesorgt: Würde die ehemalige europapolitische Beraterin von Jean-Claude Juncker (CSV) und Xavier Bettel (DP), die außerdem die Vertretung der EU-Kommission in Luxemburg einige Jahre geleitet hatte, die Luxemburger Standortpolitik auf EU-Ebene weiterführen? Oder würde es mit Ba-

ckes einige Öffnungen in der EU-Steuerpolitik geben? Bei den Treffen der EU-Finanzminister (Ecofin-Rat im Fachjargon) steht Luxemburgs pro-europäische Grundhaltung nämlich am häufigsten auf dem Prüfstand. Nicht selten wollen EU-Kommission und einige EU-Staaten in Sachen Harmonisierung der Steuerpolitik, Transparenz und Schließung von Steuerschlupflöchern in eine Richtung gehen, die – aus Sicht der luxemburgischen Regierung – die Interessen des Landes gefährden könnte. Und nicht selten bemühte sich Yuriko Backes Vorgänger Pierre Gramegna, den Eifer der EU etwas auszubremsen. Backes Aussagen nach dem Ecofin-Treffen gestern lassen vermuten, dass sie die EU-Politik ähnlich angehen wird wie Gramegna. „Wie die meisten Luxemburger habe ich eine sehr europäische Grundeinstellung“, sagte sie, „aber Europa ist ein Kompromiss, den man aushandeln muss.“

Begleiten und mitgestalten

„Die Regierung hat eine sehr pro-europäische Grundhaltung“, erklärte sie weiter, „doch müssen wir die luxemburgischen Interessen hier verteidigen und weiterhin darauf achten, dass das Land wettbewerbsfähig und attraktiv bleibt“. Man werde in ihrer Methode durchaus eine Kontinuität mit der Art und Weise erkennen, „wie Pierre Gramegna hier die Interessen Luxemburgs vertreten und verteidigt hat“, sagte Yuriko Backes. Was das genau bedeutet, ist derzeit noch schwer zu sagen: Am gestrigen Dienstag standen kaum konkrete Verhandlungen zu Steuerfragen auf der Tagesordnung. Backes versprach ihren Amtskollegen dennoch „eine verlässliche und konstruktive“ Partnerin in diesen Fragen zu sein. Der Trend in Richtung Steuerfairness sei klar, meinte Backes, „und nun geht es darum, diesen Trend zu begleiten und mitzugestalten“. dv



Yuriko Backes.

Foto: AFP

Risikofaktoren stärker bekämpfen

Länder-Profil der EU-Kommission zeigt gute Gesundheitsversorgung für Luxemburg

Von Annette Welsch

Luxemburgs Bevölkerung ist vergleichsweise sehr jung: Nur 14,5 Prozent der Bevölkerung sind älter als 65 Jahre, 20,6 Prozent sind es im EU-Schnitt. Dabei ist mit 1,3 Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter die Fruchtbarkeitsrate sehr niedrig – 1,5 sind es in der EU. Luxemburgs Bevölkerung ist vor allem aber sehr reich: Das kaufkraftbereinigte BIP pro Kopf und Jahr liegt bei 79 223 Euro, 29 801 Euro sind es im EU-Schnitt. Allerdings waren 2019 17,5 Prozent und damit ein Prozent mehr als in der Gesamt-EU dem Armutsrisiko ausgesetzt.

So viel zum sozio-ökonomischen Umfeld, das die EU-Kommission ihrem Gesundheits-Länderprofil, das alle zwei Jahre über die einzelnen EU-Staaten erstellt wird, voranstellt. Die letzten Gesundheitsprofile erschienen am 13. Dezember 2020 und enthielten auch Daten zur Pandemiebekämpfung. Gestern stellte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) den Bericht gemeinsam mit Anne Calteux, die die EU-Kommission vertritt, und Dr. Juliane Winkelmann vom Europäischen Observatoire der Gesundheitssysteme und der Gesundheitspolitik und Hauptautorin des Länderprofils Luxemburgs vor.

Die Lebenserwartung stieg in Luxemburg seit 2010 um mehr als zwei Jahre. Sie liegt auch nach der Covid-Sterblichkeit 2020 – elf Prozent aller Todesfälle, was unter dem EU-Schnitt lag – mit 81,8 Jahren im Jahr 2020 weit über dem EU-Schnitt von 80,6 Jahren. Luxemburg verlor durch Covid allerdings elfeinhalb Monate an Lebenserwartung, während es nur knapp acht Monate im EU-Schnitt waren.

Schwerer Alkoholkonsum, schlechte Ernährung

Risikofaktoren, wie Rauchen, Alkoholkonsum und schlechte Ernährung verursachen jeden dritten Todesfall. Durch Rauchverbote und Steuererhöhungen auf Tabakprodukten steht Luxemburg beim Rau-

chen zwar besser da als die anderen Länder, aber regelmäßiger, schwerer Alkoholkonsum bei jedem dritten Erwachsenen – dritter Platz beim Komasaufen hinter Rumänien und Dänemark – bleibt weiterhin ein großes Problem. Bei den Jugendlichen liegt Luxemburg unter dem EU-Schnitt: Nur einer von zehn 15-Jährigen berichtet davon, mindestens zweimal im Leben betrunken gewesen zu sein. Das ist die zweitgeringste Rate in der EU.

Gibt bei Umfragen einer von sechs Erwachsenen in Luxemburg an, fettleibig zu sein, was dem EU-Schnitt entspricht, so ist es einer von fünf bei den 15-Jährigen, vor allem bei den Jungs. Und damit mehr als in den meisten EU-Ländern und deutlich mehr als 2006. Schlechte Ernährung ist der Hauptfaktor für das Übergewicht. Luxemburg sticht dadurch hervor, dass nur 40 Prozent der Erwachsenen jeden Tag Gemüse oder Obst essen, 35 Prozent sind es bei den 15-Jährigen. Ähnlich sieht es bei regelmäßiger physischer Aktivität aus: 63 Prozent (EU: 64 Prozent) der Erwachsenen treiben Sport, aber nur zwölf Prozent der 15-Jährigen (EU: 14 Prozent) geben an, sich täglich zumindest moderat zu bewegen. Das ist die zweitgeringste Rate in der EU.

Die EU lobt die gute Primär- und Akutversorgung sowie die Effizienz des Gesundheitssystems: Es weist vergleichsweise niedrige Todesraten bei den vermeidbaren und behandelbaren Todesursachen auf. Die Sterblichkeitsrate bei Herz- und Schlaganfällen sowie Krebs sank in der letzten Dekade. Beim Brustkrebs, der häufigsten Krebserkrankung der Frauen, blieb sie stabil und liegt nahe am EU-Schnitt. Hier ist die Beteiligung am Mammografie-Screening mit 53 Prozent im Vergleich zu 59 Prozent in der EU relativ niedrig. Zudem ist sie seit 2009, als sie noch 64 Prozent betrug, stark gesunken. Der Prostatakrebs bleibt die häufigste Krebsart bei den Männern.

Anteil der ambulanten Versorgung

an Gesundheitsausgaben gesunken

Die Gesundheitsausgaben pro Kopf sind mit die höchsten in der EU (s. Grafik), aber bei weitem die niedrigsten, wenn man den BIP-Anteil betrachtet. Trotz der Gesundheitsreform von 2010, mit der die steigenden Krankenhauskosten gebremst werden sollten und die Primärversorgung gestärkt werden sollte, ging der Anteil der Gesundheitsausgaben für die Spitäler zwischen 2010 und 2019 um 2,5 Prozent als Resultat unter anderem der Kollektivvertragsverhandlungen mit dem Personal hoch, während er für die ambulante Versorgung um 5,1 Prozent sank.

Betrachtet man den Anteil, den die Versicherten selber tragen müssen, so liegt Luxemburg sehr gut: Die öffentliche Hand übernimmt 85 Prozent der Gesundheitsausgaben, 79,7 Prozent sind es im EU-Schnitt. „Die Bevölkerung genießt ein breites Leistungspaket und zahlt am geringsten in der EU aus der eigenen Tasche dazu“, heißt es im Länderbericht. Tatsächlich beträgt diese Selbstbeteiligung in Luxemburg 9,6 Prozent gegenüber 15,4 im EU-Schnitt.

Sehr geringe Ärztedichte, viel Pflegepersonal

Verfügen die Krankenhäuser mit zwölf Pflegekräften pro 1000 Einwohner über weit mehr Pflegepersonen als sonst in der EU, zeigt sich bei den Medizinerinnen ein Problem: Luxemburg hat mit unter drei Ärzten pro 1000 Einwohner hinter Polen die zweitgeringste Ärztedichte in der EU – 3,9 sind es im Schnitt – und ist bislang auf im Ausland ausgebildete Mediziner angewiesen. Erst 2020 startete eine eigene Medizinausbildung. Auch die Pflegeausbildung soll nun reformiert werden, um die Abhängigkeit vom Pflegepersonal, das zu mehr als zwei Dritteln in den Nachbarländern wohnt, zu reduzieren.

Auch die Covid-Pandemie war ein Thema der Länderprofile. Für

● *Wir werden*
● *konsequent*
den Fokus auf die Prävention legen.

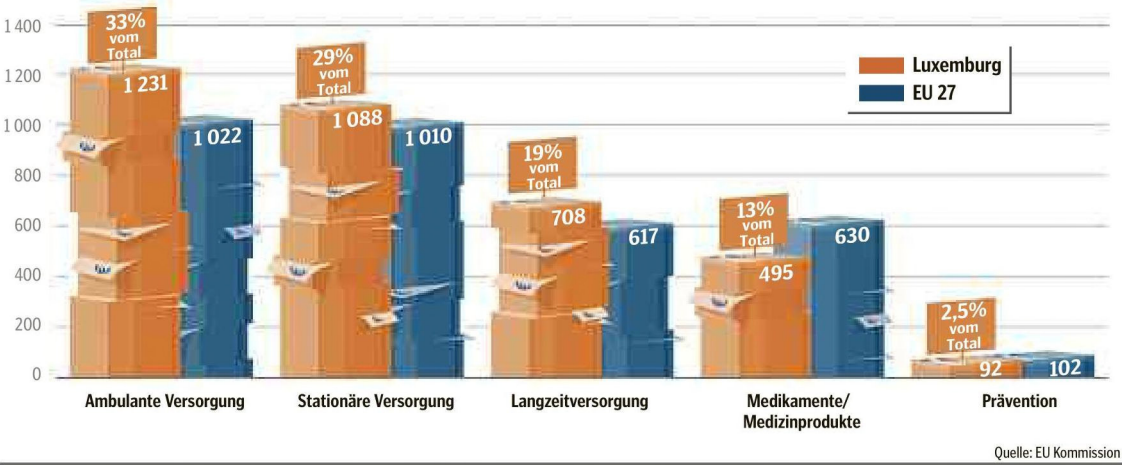
Paulette Lenert, Gesundheitsministerin Luxemburg wird ein positives Fazit gezogen: „Das Land war gut vorbereitet auf eine Pandemie und hatte die nötige Kapazität, eine solche Notsituation zu meistern“, sagte Dr. Winkelmann: „Die Krisenzelle konnte schnell Ressourcen mobilisieren und die Maßnahmen wurden gut koordiniert.“ Luxemburg konnte gemeinsam mit Dänemark auch am schnellsten die Testkapazitäten erhöhen und das Kontakttracing gewährleisten und durch die Centre de soins avancés ambulatoires sowie die Telekonsultationen wurde Druck von den Spitälern genommen, hob Dr. Winkelmann hervor.

Anne Calteux betonte, dass die EU-Kommission zwar keine Kompetenzen im Bereich der Gesundheit habe, aber mit den verschiedenen Berichten zum Stand der Gesundheit in der EU Hilfestellung biete: „Durch den Vergleich mit anderen Ländern und ihre Vorgehensweise fällt die Analyse der aktuellen Herausforderungen, denen sich die Politik stellen muss leichter. Die Länder sollen so unterstützt werden, die richtigen Entscheidungen zu treffen.“

Ministerin Lenert sagte gestern: „Vieles war mir bewusst, vieles ist interessant für die Diskussionen am Gesundheitsdösch und wird auch in den Nationalen Gesundheitsplan einfließen.“ Besonders bei der Lebenshygiene und den Risikofaktoren durch die schlechte Ernährung und Alkohol sieht sie „noch viel Luft nach oben“. „Übergewicht ist ein Risikofaktor, besonders auch bei Covid. Wir hinken hier hinter den anderen Ländern hinterher und werden konsequent den Fokus auf die Prävention legen.“

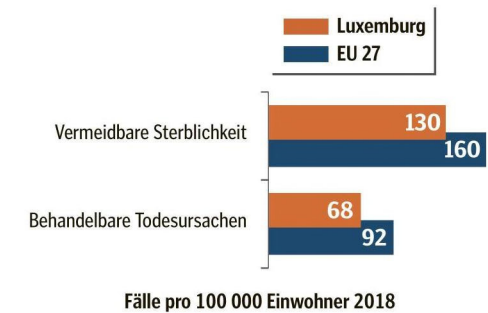
Hohe Pro-Kopf-Ausgaben, aber gering gemessen am Reichtum

Luxemburg gibt für die ambulante, stationäre und Langzeitversorgung mehr aus als im EU-Schnitt. Mit 3742 Euro (kaufkraftbereinigt) wird pro Kopf 220 Euro mehr ausgegeben als im EU-Schnitt, aber mit 5,4 Prozent (EU: 9,9) des BIP bildet Luxemburg das Schlusslicht.



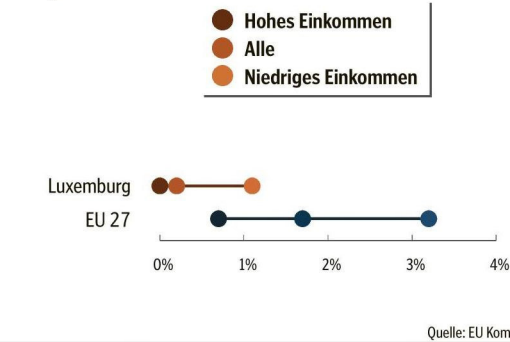
Effiziente Primär- und Akutversorgung

Bei den vermeidbaren und behandelbaren Todesursachen liegt Luxemburg unter dem EU-Schnitt.



Breiter Zugang

Der Anteil des nicht erfüllten Versorgungsbedarfs gehört zu den niedrigsten in der EU.



Die Armee in Afrika

Minister Bausch über die luxemburgische Präsenz in Mali und Parallelen zu Afghanistan

Luxemburg/Bamako. „Sie sollen erfahren, dass sie mit ihrem Know-how dazu beitragen, dass Konflikte vermieden werden“, umreißt François Bausch die Beteiligung luxemburgischer Soldaten an der Ausbildung der Streitkräfte des Mali. Gleichsam betont der Armeeminister, dass dieses Engagement im Rahmen der europäischen EUTM-Mission nicht zum Nulltarif sei; vom Regime in Bamako müsse erwartet werden, dass es gewisse demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien erfülle, so

Bausch, der demnächst zum Truppenbesuch nach Mali aufbrechen will. Kopfzerbrechen bereitet ihm und den europäischen Partnern auch, dass sich die Machthaber in Bamako die Dienste der „Gruppe Wagner“ gesichert haben. Die Söldnertruppe hat einen zweifelhaften Ruf. Bei aller Komplexität will François Bausch die Lage in Mali dennoch nicht mit Afghanistan gleichstellen – und erklärt im „Wort“-Interview die Unterschiede. *mas*



Wir haben ein Interesse an einer Stabilität in der Region, so Armeeminister François Bausch (Déi Gréng).

Foto: Luc Deflorenne

„Nicht vergleichbar

Armeeminister François Bausch (Déi Gréng) zur Lage in Mali und Parallelen mit Afghanistan

Interview: Marc Schlammes

Demnächst will Armeeminister François Bausch (Déi Gréng) nach Mali aufbrechen – zum Truppenbesuch bei jenen Soldaten, die sich an der EU-Ausbildungsmission der malischen Streitkräfte beteiligen, und zu Unterredungen mit der Übergangsregierung, die nur bedingt kooperativ und vertrauensbildend agiert. Eine heikle Mission, gab es doch zuletzt vermehrt Stimmen, in dem westafrikanischen Land könnte der internationalen Gemeinschaft ein zweites Afghanistan widerfahren.

François Bausch, wie groß ist die Gefahr, dass der internationalen Gemeinschaft in Mali ein ähnliches Desaster widerfährt wie in Afghanistan?

Ohne die Lage in Mali zu beschönigen: Sie ist nicht vergleichbar mit Afghanistan. Es gibt zwar ähnliche Grundprobleme wie etwa die Korruption oder eine mangelhafte Rechtsstaatlichkeit. Mali ist vor allem ein passendes Beispiel wie die Klimaproblematik ein Land destabilisiert, denn die klassischen Konflikte um fruchtbares Land werden durch den Klimawandel verschärft. Anders in Mali ist auch, dass es via Ecowas ein regionales Einwirken auf die Machthaber in Bamako gibt, was

für Afghanistan nicht der Fall war. **Sie wollen demnächst nach Mali reisen. Welche Erwartungen knüpfen sie an diesen Aufenthalt?**

Es ist eine gute Gelegenheit, sich mit eigenen Augen ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Für mich ist es auch wichtig, unsere Soldaten, die fern von Heimat und Familien ihren Dienst verrichten, zu unterstützen. Und in den Gesprächen mit dem Regime will ich deutlich machen, dass sie gewisse Kriterien zu berücksichtigen haben. Wir haben ein Interesse an einer Stabilität in der Region; diese Stabilität muss aber an die Wahrung von Prinzipien geknüpft sein. Wir können nicht die malischen Streitkräfte nach hiesigen Standards ausbilden, während die Regierung gleichzeitig auf Söldnerdienste wie die der russischen „Gruppe Wagner“ zurückgreift.

Ist dieses Drohpotenzial nicht dennoch begrenzt: Allein aufgrund drohender Migrationswellen infolge anhaltender Perspektivlosigkeit sitzen die Machthaber in Bamako doch am längeren Hebel?

Ich bin nicht blauäugig: Dieses Risiko ist reell. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass niemand flüchten und das Land im Chaos

versinken sehen will. Würde ich nicht davon ausgehen, dass ein Wunsch nach Entwicklungsperspektiven bestehe, dann könnten wir uns sofort zurückziehen. Entscheidend wird sein, dass sich das Regime das Vertrauen der Bevölkerung sichert, beispielsweise durch Neuwahlen. Nur dann kann dem Terrorismus der Nährboden entzogen werden.

Sie können zumindest auf eine Trumpfkarte setzen: Luxemburg verfolgt weder wirtschaftliche noch militärische Interessen.

Gewiss kommt uns zugute, dass wir keine Kolonialvergangenheit haben. Luxemburg genießt vor allem ein gutes Image, weil wir seit vielen Jahren in Mali und der Sahel-Region eine Entwicklungshilfe leisten, die sich sehen lässt. Da werden wir als glaubwürdig wahrgenommen, wenn wir beispielsweise darauf pochen, dass freie Wahlen stattfinden sollen.

Mit welchen Argumenten kann man den Bürgern hierzulande die militärische Präsenz Luxemburgs in Mali glaubhaft vermitteln?

Indem man auf die geschichtliche Schuld der Europäer hinweist.

Europa hat enorm von der Kolonialzeit profitiert und vor allem in Afrika sehr viel Schaden angerichtet. Darunter leidet der Kontinent bis heute und mit unserem Engagement leisten wir einen konkreten Beitrag, um diese Schuld zu begleichen. Zum geschichtlichen kommt das geografische Argument: Afrika liegt so nahe an Europa, dass wir es uns nicht leisten können, dass dieser Kontinent dauerhaft destabilisiert ist.

Welche Erfahrungen sollen die luxemburgischen Soldaten vor Ort davontragen?

Sie sollen erfahren, dass sie mit ihrem Know-how dazu beitragen, dass Konflikte vermieden werden. Und sie erleben vor Ort, wie die Lage wirklich ist. Von dieser realistischen Beschreibung kann auch die Politik profitieren – im Übrigen wäre es gut gewesen, wenn in Afghanistan die Warnungen der Soldaten ernst genommen worden wären.

● *Wir werden
als glaubwürdig
wahrgenommen.*

Krisenfaktor Klima

Wie die Armee ihren ökologischen Fußabdruck reduzieren will

In dem schwelenden Ukraine-Konflikt sieht François Bausch ein Beispiel, wie die Energieversorgung das politische und militärische Kräfteverhältnis herausfordert: „Es geht ums Gas“, betont der Armeeminister; diese fossile Ressource sei ein wesentlicher Teil des Problems. Der Bedeutung der Energie- und Klimafrage ist man sich in Militärkreisen bewusst. Der Minister weist darauf hin, dass in Anbetracht des sich vollziehenden Klimawandels beispielsweise die Standorte von Militärbasen über deren Einsatzbereitschaft entscheiden würden; die USA hätten

schon entsprechend negative Erfahrungen machen müssen.

Dieser Bewusstseinswandel vollzieht sich nicht nur auf internationaler Ebene – so hat die NATO den Klimawandel zu ihren strategischen Prioritäten bis 2030 erklärt. Auch auf nationalem Niveau sind Hausaufgaben zu erledigen, hebt Bausch das CO₂-Monitoring hervor, dass vor Monatsfrist im parlamentarischen Ausschuss vorgestellt wurde. Die Armee hinterlasse zum einen einen soliden ökologischen Fußabdruck und verfüge zum anderen über substanzielles Einsparpotenzial,

resümiert der Grünen-Politiker die Bestandsaufnahme. Als ein Beispiel nennt er das Munitionsdepot; durch dessen Neugestaltung könne ein Drittel der Nutzfläche eingespart und als Natura-2000-Areal ausgewiesen werden.

Potenzial soll auch beim gemeinsamen Materialerwerb mit Partnerländern ausgeschöpft werden. Einen Souveränitätsverlust sieht der Minister dabei nicht – im Gegenteil: Als kleines Land könne Luxemburg nur an Souveränität gewinnen, „wenn wir mitreden können“, zeigt sich Bausch überzeugt von den Prinzipien des „Joint

Procuring“ und des „Pooling and Sharing“, wie sie bereits bei den A400M- und MRTT-Flotten angewandt wurden und werden.

Große Erwartungen setzt Bausch auch in die Forschung, weshalb dieser Aspekt auch budgetär gefördert wird. Ein besonderes Augenmerk gilt der Entwicklung von sauberen Antriebstechnologien beim schweren militärischen Gerät – wobei, wie in allen Energiefragen bei der Armee, dem Faktor Sicherheit eine besondere Bedeutung zukommt. Von der Atomkraft einmal abgesehen, müsse man technologieoffen sein, so der Armeeminister, der überzeugt ist, dass jene Technologien, die sich militärisch bewähren, auch im zivilen Alltag genutzt werden. *mas*

Zahl des Tages

78

Durch die Renovierung des Härebiorg sollen die aus der Heizung resultierenden CO₂-Emissionen um 78 Prozent gesenkt werden; beim Stromeinkauf wird ein Minus von 50 Prozent erwartet.

Mali – kurz gefasst

Das westafrikanische Land, langjähriger Partner der luxemburgischen Kooperationshilfe, wird seit August 2020 und einem Putsch von einer vornehmlich aus Militärangehörigen besetzten Übergangsregierung geführt.

Während die westafrikanische Staatengemeinschaft Ecowas, unterstützt von der EU, auf die Abhaltung demokratischer Wahlen und die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung drängt, hat die Junta nun angekündigt, den für Fe-

bruar angesetzten Urnengang um fünf Jahre verschieben zu wollen. Die Ecowas hat daraufhin Vermittler nach Bamako entsandt und berät dieser Tage, wie es weiter gehen soll; schon im November waren Sanktionen gegen Mali verhängt worden. Kopfzerbrechen bereitet der internationalen Gemeinschaft, die in Mali mit der UN-Friedensmission Minusma und der EU-Ausbildungsmission EUTM (an der sich Luxemburg beteiligt) engagiert ist, auch, dass die Regierung in Bamako auf die Dienste einer russischen Söldnerfirma zurückgreift; schon im

September hatte der russische Außenminister eine entsprechende Kontaktaufnahme bestätigt – ohne jedoch den Namen der berüchtigten „Gruppe Wagner“ zu bestätigen.

Zur politischen Destabilisierung des Landes und der Sahelzone tragen zudem islamistische Terrormilizen mit Überfällen und Geiselnahmen insbesondere im Norden des Landes bei. Bereits 2014 hatte Frankreich deshalb die von Paris geführte, umstrittene Militäroperation Barkhane in der Region lanciert. *mas*



François Bausch will seinen Besuch in Mali auch nutzen, um den politisch Verantwortlichen in Bamako ins Gewissen zu reden. „Sie sollen wissen, wo unsere Schmerzgrenze liegt“, so der Minister.

Foto: Luc Deflorenne

Luxemburger Experten sprechen sich klar für eine Impfpflicht aus

CORONA-PANDEMIE Für Menschen über 50 und den Pflegesektor vernachlässigen

Yves Greis

Luxemburger Medizinexperten empfehlen eine Impfpflicht für über 50-Jährige und die MitarbeiterInnen von Pflegeeinrichtungen. Bei einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz stellten sie am Freitagnachmittag ihre Überlegungen vor. In der nächsten Woche soll im Parlament über eine solche Impfpflicht diskutiert werden.

Bei den Experten standen vor allem die über 50-Jährigen im Vordergrund. Bei den unter 50-Jährigen sei Corona relativ harmlos, obwohl diese Gruppe auch zum epidemischen Geschehen beitrage, sagen die Mitglieder der Expertengruppe.

Sie sprechen sich für eine Impfpflicht aus. Damit gemeint sei eine Vorschrift, wie die Regeln der Straßenverkehrsordnung. Der Gesetzgeber könne natürlich nicht verhindern, dass jemand die Regeln bricht. Allerdings müsse man mit Konsequenzen rechnen, wenn man sich nicht daran hält. Dr. Gérard Schockmel, Facharzt für Infektionskrankheiten, sagte: „Unser Zusammenleben gründet auf Regeln.“

Die Impfpflicht empfehlen sie für zwei Personengruppen. Zum einen für Personen ab 50. Und zum anderen für Menschen im Umfeld von vulnerablen Personen, wie z.B. solche, die in der Medizin oder Krankenpflege arbeiten. Dabei sollen auch Subunternehmer beachtet werden. Wenn die ab 50-Jährigen geimpft werden und die Personen um sie herum sei ein doppelter Schutz erreicht, so Schockmel.

Die Impfpflicht für Menschen über 50 bezieht sich auf Einwohner. Die für medizinisches Personal, so die Experten, solle auch für die betroffenen Grenzgänger gelten. Sie schließe den Booster mit ein. Zu diesem Zeitpunkt würden 70.000 Menschen unter eine Impfpflicht für über 50-Jährige fallen. Darunter Personen, die noch gar nicht geimpft sind, und solche, die noch keinen Booster erhalten haben.

Wirksamkeit von Impfungen extrem hoch

Die Wirksamkeit von Impfungen sei extrem hoch, sagte Prof. Dr. Paul Wilmes vom Luxembourg Centre for Systems Biomedicine (LCSB) der Universität Luxemburg – besonders, wenn es darum gehe, Aufenthalte im Krankenhaus und Todesfälle zu verhindern. Es seien hauptsächlich ältere Menschen, die ins Krankenhaus kommen und Intensivpflege benötigen. Die Zahl der Intensivpatienten und Todesfälle stiegen über einem Alter von 50 deutlich an.

Der Virologe Prof. Dr. Claude Muller, ebenfalls Mitglied der Gruppe, unterstrich, dass eine Impfpflicht ein akzeptables Mittel ist, wenn sie wissenschaftlich begründet ist, wenn es ein klares Ziel gibt und wenn dieses Ziel damit erreicht werden kann.

Wenn es darum ginge, die einzelne Person zu schützen, so sei dies kein gutes Ziel, weil jeder selber entscheiden dürfe, was er mit seiner Gesundheit mache. Wenn es aber darum gehe, die Inzidenzen zu verringern, um die Krankenhäuser zu entlasten, sehe das anders aus. Dies sei der wichtigste Grund, warum es Impfungen und Hygienemaßnahmen gebe.

Seit Beginn der Pandemie lautet das Motto: „Flatten the Curve“. Das bedeutet, die Ausbreitung des Virus so zu verlangsamen, dass niemals mehr Leute gleichzeitig sehr krank werden als die Krankenhäuser verkraften können. Als einer der limitierenden Faktoren gelten dabei die Intensivbetten und die Zahl der Beatmungsgeräte.

Die Experten schlagen aber auch Ausnahmen vor. Dazu zählen Menschen, die nach einer ersten oder zweiten Impfung heftige Nebenwirkungen hatten, oder solche, die allergisch gegen Inhaltsstoffe sind.

Sensibilisierung nicht

vernachlässigen

Ziel sei es zum einen, die vulnerablen Personen zu schützen, aber auch die Gesamtbevölkerung zu schützen. Trotzdem dürfe die Sensibilisierung und Information nicht vernachlässigt werden. Schockmel kritisierte, dass in der öffentlichen Darstellung die hohe Wirksamkeit von Impfstoffen nicht genug herausgestellt werde. Die Expertengruppe erinnerte daran, dass auch schon auf Normalpflegestationen Beatmungsgeräte zum Einsatz kommen. Auf die Intensivstation kämen Patienten, wenn das Leben bereits an einem dünnen Faden hänge.

Seit Beginn der Pandemie geht auch die Rede von Herdenimmunität, die die Pandemie stoppen soll. Muller hält dies für schwierig. Ungeimpfte, die darauf setzten, dass sie dadurch geschützt sind, dass andere sich impfen lassen, unterlägen einem Trugschluss. Er glaubt nicht, dass das Virus verschwinden wird. Vielmehr werde es endemisch und es immer wieder zu kleinen Ausbrüchen kommen. Auch dass das Virus erneut von Tieren auf den Menschen übergeht, hält Muller nicht für ausgeschlossen.

Warnung vor Trugschluss

Doktor Schockmel sagte, dass die Empfehlungen auf den aktuellen Informationen beruhen. So seien auch Varianten im Umlauf, die virulenter seien als Omikron.

Dr. Vic Arendt sagte, eine Impfpflicht für Menschen ab 50 solle nicht so verstanden werden, dass alle anderen sich nicht impfen sollten. Eine Impfpflicht für einen Teil der Bevölkerung müsse begleitet werden von weiterem Druck auf die anderen Menschen, sich impfen zu lassen.

„Wenn sich jemand impfen lässt, ist das keine Stigmatisierung. Es ist ein Zeichen von Sympathie und Empathie gegenüber den Personen, mit denen man umgeht“, antwortete

Muller auf die Frage, ob man nicht Gefahr laufe, dass nun medizinisches Personal gebrandmarkt werde.

Zur Erinnerung: In der nächsten Woche soll eine Debatte im Parlament über die Impfpflicht stattfinden. Aus diesem Anlass hat das Staatsministerium bereits ein 28-seitiges Dokument veröffentlicht, um die Abgeordneten vorab zu informieren. Auch die Expertengruppe aus Medizinern, die nun ihr Gutachten vorgelegt hat, war kurzfristig vom Staatsminister darum gebeten worden.

Pflichtimpfung ab 50 Jahren

Expertengruppe spricht sich für Teil-Impfpflicht aus

Von Michèle Gantenbein

Eine fünfköpfige Expertengruppe spricht sich für eine Impfpflicht ab 50 Jahren und für Personen aus, die in direktem Kontakt mit vulnerablen Personen stehen. Das betrifft das Gesundheits- und Pflegepersonal sowie Personen aus Subunternehmen (zum Beispiel Reinigungspersonal). Die Impfung der über 50-Jährigen gilt für in Luxemburg ansässige Personen, die berufsgruppenspezifische ist länderspezifisch. Das teilte die Expertengruppe am Freitag bei einer Pressekonferenz mit.

Der Entscheidung zugrunde liegen medizinische und wissenschaftliche Erkenntnisse, „die belegen, dass die Impfung ältere und vulnerable Menschen vor schweren Krankheitsverläufen und vor dem Tod schützt“, wie Paul Wilmes, Wissenschaftler und Mitglied der Covid-19-Taskforce, erklärte. Laut den Experten sind derzeit 40 000 Personen der über 50-Jährigen gar nicht geimpft, 30 000 Personen der über 50-Jährigen haben noch keine Booster-Imp-

fung erhalten. Eine Komplettimpfung besteht nach dem Verständnis der Experten aus zwei Impfungen einschließlich der Booster-Impfung.

„Mit der Impfpflicht wollen wir verhindern, dass zu viele Menschen gleichzeitig schwer krank und die Krankenhäuser überlastet werden“, erklärte der Virologe Claude Muller. Ein zweites Ziel ist es, die Pandemie zu einem Ende zu bringen. Die Daten, auf die die Experten sich in ihrem Gutachten berufen, beziehen sich auf die Delta-Variante. Mit der Omikron-Variante ändere sich das Paradigma, meinte Muller, weil das Virus sich schnell verbreite und riskiere, dass viele Menschen gleichzeitig krank oder in Quarantäne seien. Der Impfschutz gegen Omikron sei geringer, aber die Impfung schütze gut vor komplizierten Krankheitsverläufen.

Zweijährige Impfpflicht bis 2024

Die Gruppe schlägt eine Impfpflicht während zwei Jahren vor, die Ende Juni 2024 endet. „Wir ge-

hen davon aus, dass in den zwei Jahren das Virus weiter zirkuliert und die kollektive Immunität größer sein wird als heute“, so Schockmel. Auf die Omikron-Welle werde die Impfpflicht wohl keinen Einfluss haben, meinte der Infektiologe, „da wir nicht morgen mit der Impfpflicht beginnen“. Dennoch sei es wichtig, die Impfpflicht so schnell wie möglich einzuführen.

Eine Impfpflicht für die über 50-Jährigen soll nicht bedeuten, dass alle unter 50-Jährigen auf eine Impfung verzichten könnten, so die Experten. Es sei wichtig, auch die Jüngeren zu impfen – auch unter ihnen gebe es Vulnerable – und weiterhin für die Impfung zu sensibilisieren. „Je weniger das Virus zirkuliert, desto schneller können wir die sanitären Maßnahmen lockern, die Quarantänen abschaffen, die Gastronomie wieder öffnen oder die Maskenpflicht im öffentlichen Transport abschaffen“, sagte der Experte für Infektionskrankheiten, Vic Arendt. „Wir wollen mit der Impfpflicht die Vulnerablen schützen, aber wir wollen

vor allem auch wieder zu einem möglichst normalen Leben zurückkehren“, meinte Gérard Schockmel. Und Claude Muller drückte es so aus: „Wir wollen ein günstigeres Gleichgewicht zwischen Impfung und Maßnahmen. Je mehr Menschen geimpft sind, desto weniger Maßnahmen brauchen wir.“ In Bezug auf die Petitions-Debatte gegen die Impfpflicht am Mittwoch im Parlament und dem Vorwurf der ausländischen Experten, der Impfstoff sei kein Impfstoff, weil er die Verbreitung des Virus nicht stoppe, meinte Schockmel: „Die Frage ist: Was wollen wir vom Impfstoff? Zu meinen, dass das Virus nicht mehr zirkuliert und verschwindet, ist illusorisch. Die Impfung schützt vor schweren Komplikationen und das ist der wichtigste Aspekt.“

Covid-19 ist keine Grippe

In Richtung derer, die die Covid-19-Erkrankung mit einer Grippe vergleichen, sagte Vic Arendt: „Der Impfstoff gegen Covid-19 ist wirksamer als der Impfstoff gegen die Grippe und die Sterblichkeit bei Covid-19 ist zwischen fünf- und zehnmal höher für vulnerable Menschen als bei der Grippe.“

In Luxemburg entsteht eine neue Partei der Mitte

Der frühere DP-Generalsekretär Marc Ruppert will sich mit Frank Engel, dem Ex-Präsidenten der Christlich Sozialen Volkspartei (CSV), zusammenschließen.

LUXEMBURG-STADT (bobo) Der frühere DP-Generalsekretär Marc Ruppert (37) verlässt seine Partei und plant mit dem früheren CSV-Parteipräsidenten Frank Engel (46) eine Neugründung. Das meldete kürzlich der Sender RTL. Geplant sei eine Partei, die die bürgerlichen Werte in den Mittelpunkt rücke, ohne nach rechts abzurufen. Marc Ruppert war von 2015 bis 2017 Generalsekretär der Regierungspartei DP von Premier Xavier Bettel. Frank Engel war bis 2021 Oppositionsführer und Chef der CSV, die immer noch die größte Partei Luxemburgs ist.

In der Zeit der Opposition hatten sich jedoch in der CSV, die bis 2013 fast alle Luxemburger Nachkriegskoalitionen angeführt hatte, starke Differenzen zwischen Partei- und Fraktionsführung entwickelt. Engel, der eigentlich als Ziehsohn von Jean-Claude Juncker gilt, welcher Luxemburg 18 Jahre regiert hatte, hatte seiner Partei einen radikalen Modernisierungskurs verschrieben. Diesem wollte sich die Parlamentsfraktion jedoch nicht anschließen. Parteichef Engel wurde mit einer Anzeige von 13 Parteikollegen Amtsmissbrauch vorgeworfen, eine Anklage, die jedoch vor Gericht im vergangenen Jahr nicht Stand hielt. Engel hatte schon vor dem Prozess seinen Parteiaustritt

erklärt und bereits damals mit der Gründung einer neuen Partei geliebäugelt.

Einen umgekehrten Weg ist Marc Ruppert in der liberalen DP (Demokratische Partei) gegangen. Diese stellt seit 2013 mit Xavier Bettel den Premierminister an der Spitze einer Dreierkoalition, einer Luxemburger Ampel unter Liberalen, Sozialisten und Grünen. Marc Ruppert gehörte damals zum engsten Umfeld von Premier Bettel. Nachdem dieser 2015 den Parteivorsitz abgegeben hatte und Corinne Cahen neue DP-Präsidentin wurde, wurde Marc Ruppert Generalsekretär.

Wie es heißt, war es zwischen Ruppert und Cahen wenig harmonisch zugegangen. Deswegen hatte sich Ruppert bereits bei den Kommunalwahlen 2018 um ein Mandat in der Stadt Luxemburg beworben, allerdings ohne Erfolg. Für diese Niederlage hatte er damals auch die DP verantwortlich gemacht, der er vorwarf, unter Cahen in den vergangenen Jahren zu einer reinen Regierungspartei geworden zu sein und die anderen Bereiche der Politik, vor allem die Kommunalpolitik, vernachlässigt zu haben. Mit Engel möchte Ruppert jetzt etwas ganz Neues wagen, neue politische Akzente setzen.

Die neue Partei dürfte weder der Regierungskoalition noch der Opposition in Luxemburg gelegen kommen, beiden Lagern könnte

sie Stimmen kosten. Dazu kommt, dass die Regierung Bettel derzeit geschwächt ist, nicht nur durch ihr Pandemiemanagement, sondern noch dazu durch eine Plagiatsaffäre des Premiers. Auch Corinne Cahen steht als derzeitige Familienministerin, die auch Verantwortung für Senioren im Ressort hat, wegen den vielen Corona-Toten, die es in Luxemburg in Pflege- und Altenheimen gab, unter Druck.

Bereits im vergangenen Jahr hatte eine der beiden Europaabgeordneten der DP, Monica Semedo, ihre Partei verlassen, weil diese in einer Auseinandersetzung mit Mitarbeitern nicht hinter ihr gestanden haben soll. Semedo, vor Beginn ihrer politischen Karriere Chef-Moderatorin bei RTL, hat ihr Europamandat behalten. Auch sie könnte sich durch die neue Partei angezogen fühlen. Semedo hatte bereits vor ihrem Einstieg bei der DP mit der CSV geliebäugelt. Mit Semedo, die von den Kapverden stammt, hätte die neue Partei direkt ein diverses Aushängeschild, das auch bei grünen Wählern gut ankäme.

Die neue Partei, die noch keinen Namen hat, könnte bereits zu den Kommunal- und den Kammerwahlen im Jahr 2023 für Kopfzerbrechen bei den politischen Gegnern sorgen.

Neue Luxemburger

NATIONALITÄT 6.801 Menschen haben im vergangenen Jahr die luxemburgische Staatsangehörigkeit erhalten

Die luxemburgische Nationalität scheint beliebt zu sein. 6.801 Menschen haben vergangenes Jahr die Staatsangehörigkeit erhalten – 1.704 davon kommen aus Frankreich.

Insgesamt 6.801 Personen haben im vergangenen Jahr die luxemburgische Staatsangehörigkeit erworben – 4.558 durch Option,

1.363 durch Wiedereinbürgerung und 880 durch Einbürgerung. Das schrieb das Justizministerium am Dienstagmorgen in einer Pressemitteilung. Dabei handele es sich allerdings um einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. Grund: „Wegen der Covid-19-Pandemie war es vielen im Ausland lebenden Bewerbern nicht möglich, ihre Reise nach Luxemburg zu organisieren, um die Formalität

zur Wiedereinbürgerung vor dem Standesbeamten zu erfüllen“, schreibt das Justizministerium. Dabei handele es sich hauptsächlich um Bewerber aus Brasilien und den USA.

Die meisten Anträge stammten aus Frankreich (1.704), Portugal (1.141) und Belgien (844). Es folgen Deutschland (289), Italien (283) und Großbritannien (201). (fey)

Drei Möglichkeiten, die luxemburgische Staatsangehörigkeit zu erwerben

Die **Einbürgerung** steht allen Volljährigen offen, die seit mindestens fünf Jahren in Luxemburg leben, die luxemburgische Sprache beherrschen und am Kurs „Vivre ensemble au Grand-Duché de Luxembourg“ teilgenommen haben.

Durch die **Wiedereinbürgerung** können Menschen, die ihre Luxemburger Staatsangehörigkeit verloren haben, die Luxemburger Nationalität

wiedererlangen. Der Erwerb der luxemburgischen Staatsangehörigkeit durch die sogenannte **Option** ist in zehn bestimmten Fällen möglich. Dazu gehören Volljährige, die einen Luxemburger Elternteil, Adoptivelternteil oder Großelternteil haben, Eltern eines minderjährigen Luxemburgers oder auch Ehepartner von Luxemburgern.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Die Senkrechtstarter

Luxemburg verfolgt ambitionierte Ziele in der Raumfahrt und der Nutzung des Weltalls für Wirtschaft und Forschung. Um dies Wirklichkeit werden zu lassen, setzt die Luxembourg Space Agency bei der Jugend an.

Der Nachwuchs in der Raumfahrtindustrie ist startbereit.

Unscheinbar wirkt die Kiste, deren 3D-Modell auf einem Rechner zu sehen ist. Batterie, Temperatursensor, Isolierung, Heizkörper. In diesem Kasten wollen Elisa Zuccoli und ihr Team 3D-Zellkulturen des menschlichen Mittelhirns ins Weltall schicken, umgeben von Schwerelosigkeit wachsen lassen, zurück auf die Erde holen und zu Forschungszwecken untersuchen. Zukunftsmusik? Nur noch für ein Jahr. Denn das Team von Studenten und Doktoranden der Uni Luxemburg beginnt nun mit der Umsetzung. Je 20 Zellkulturen in vier Behältern sollen per Rakete zur Internationalen Raumfahrtstation (ISS) transportiert werden. So einfach, wie die Skizze aussieht, ist die Entwicklung nicht. Ein elektronisches System sammelt automatisch Daten, die ausgewertet werden müssen. Per Maschinellern Verfahren, das Script dazu wird von den Studenten selbst geschrieben. Ein Mechanismus kontrolliert die Temperatur.

Elisa Zuccoli ist für die Vor- und Nachbereitung der Zellen zuständig. Die 25-Jährige ist Doktorandin in Neurobiologie am Luxembourg Centre for Systems Biomedicine (LCSB). Dort untersucht sie 3D-Zellkulturmodelle des menschlichen Mittelhirns, will dazu beitragen, die Entstehung der Parkinsonerkrankung besser zu verstehen. Sie ist eines der fünf Mitglieder von Brains, dem Studententeam aus Luxemburg, das am „Überflieger“-Wettbewerb teilnimmt. Es ist das erste Mal, dass sich Studenten von Forschungsinstituten aus Luxemburg dafür bewerben konnten. „Als wir erfuhren, dass wir beim Auswahlverfahren weitergekommen sind, konnte ich es gar nicht richtig glauben. Das ist eine ein-

malige Chance. Wir alle sind überglücklich“, erzählt die Doktorandin strahlend. Ende 2022 oder Anfang 2023 sollen ihre Zellen mit drei weiteren ausgewählten Experimenten zur ISS gebracht werden. Dabei ist ein weiteres Experiment, das sich mit Nervenzellen befasst, sowie Forschungsprojekte zur Pflanzensymbiose und neuartigen Raumfahrttechnologien. Auswahlkriterien der Jury waren die optimale Ausnutzung der im Weltall vorherrschenden Bedingungen und der wissenschaftliche Mehrwert.

„Überflieger“ geht dieses Jahr in die zweite Runde und ist eines von vielen Projekten, mit denen die Luxembourg Space Agency (LSA) den Nachwuchs in der Raumfahrt fördert. Derartige Wettbewerbe und Ausschreibungen verfolgen zwei Ziele: Zum einen sollen sie Interesse und Motivation junger technikaffiner Menschen für die Raumfahrt wecken. Die wiederum sollen mit ihren Ideen die Wirtschaft und Forschung bereichern. Seit bald 20 Jahren investiert das Wirtschaftsministerium verstärkt Ressourcen und Geld in den Ausbau von Luxemburgs Aktivitäten im Weltall. Der Industriezweig hat der Vision Etienne Schneiders nach stark an Fahrt aufgenommen und Science-Fiction wird den Experten der LSA zufolge in kaum zehn Jahren Realität.

Der Nationale Aktionsplan für Space Science und Technology des Wirtschaftsministeriums sieht vor, ein ganzes Ökosystem für wirtschaftliche und Forschungsaktivitäten im Bereich Space in Luxemburg aufzubauen. Dazu fließen von 2020 bis 2024 etwa 210 Millionen Euro in die Programme der European Space Agency (ESA) und die nationalen Projekte, gefördert durch das Programm Luximpulse der LSA. Einer der Schwerpunkte in der Förderstrategie ist

der Bereich Space Resources, in dem Luxemburg von der internationalen Fachpresse als eines der zehn führenden Länder weltweit angesehen wird. Eine Studie, die die LSA 2018 veröffentlichte, geht davon aus, dass die Nutzung von Ressourcen aus dem Weltall zwischen 2018 und 2045 insgesamt zwischen 73 und 170 Milliarden Euro abwerfen und bis zu 1,8 Millionen Menschen in Vollzeit beschäftigen wird. Von diesem Kuchen möchte Luxemburg einen Teil abhaben und unterstützt mit dem European Space Resources Innovation Centre (ESRIC) – ein Institut der ESA, das 2019 in Luxemburg aufgebaut wurde – eine ganze Produktionskette. Von der Forschung bis zum praktischen Abbau sollen alle Firmen und Projekte dort vernetzt werden. Bisher ist es am Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST) untergebracht.

Doch es geht auch in die andere Richtung. Technologien von der Erde sollen im All eingesetzt werden, ebenso soll die Forschung auf der Erde von der Raumfahrt profitieren. Schon heute werden Wettervorhersagen mittels Satellitentechnik getroffen. Die Telekommunikation ist davon abhängig und auch die Medizin kann daraus Ergebnisse ziehen.

Die fünf Studenten Elisa Zuccoli, Daniela Maria Vega Gutiérrez, José Ignacio Delgado Centeno, Lina María Amaya Mejía und Aelyn Chong Castro sind eine gemischte Gruppe vom Interdisciplinary Centre for Security, Reliability and Trust (SnT) und vom LCSB. Ihren Projektnamen Brains haben sie aus den Anfangsbuchstaben von „Biological Research using Artificial Intelligence for Neuroscience in Space“ gebildet. „Wir wollen herausfinden, ob und wie die Mikro-Gravitation das Zellwachstum beeinflusst. Diese Erkenntnisse können

bei der Entwicklung von Medikamenten hilfreich sein“, so Elisa Zuccoli, die seit verganginem Jahr am Biomedizin-Institut der Universität Luxemburg tätig ist und ihre Teamkollegen erst seit wenigen Monaten kennt.

Ihre Projektteilnahme sei eher zufällig entstanden. „Professor Jens Schwamborn, der Leiter der Developmental & Cellular Biology group am LCSB, kam mit der Frage auf mich zu, ob ich Lust hätte, an diesem Wettbewerb teilzunehmen. Immerhin sei ich noch am Anfang meiner Promotion und könne aus diesem Experiment noch einiges mitnehmen für meine Arbeit hier“, erzählt sie. „Ich musste nicht lange überlegen, Forschung im Raumfahrtbereich ist schon sehr interessant. Vor einigen Jahren, als ich vor der Studienfachwahl stand, ist mir auch Astrobiologie in den Sinn gekommen. Doch das war mir zu abstrakt. Ich will in einem Bereich forschen, wovon wir Menschen einen direkteren konkreten Nutzen haben“, betont sie.

Dass sie doch einmal zu Forschungszwecken mit einer Raumfahrtmission zu tun haben wird, hätte sie nicht gedacht. Mit der Teilnahme am Wettbewerb werden diese beiden Welten, Biomedizin und Raumfahrt, nun verbunden. Denn die Organoide, 3D-Zellkulturen des Mittelhirns, werden zur ISS geschickt, wo sie ohne Eingriff menschlichen Zutuns mittels vollautomatischer Elektronik wachsen. Nach 30 Tagen werden sie wieder aus dem Weltall zurückgeholt. Wir hoffen, dass die Umgebung dort oben den Bedingungen im Mutterleib ähnelt“, erklärt Elisa Zuccoli, „denn so werden die Zellen wahrscheinlich bis zu fünf Mal größer als auf der Erde und es lassen sich viel mehr Informationen herausholen. Unter anderem zu den Bedingungen, die in der Mikro-Gravitation vorherrschen und durch Faktoren wie Temperatur, CO₂-Gehalt und regelmäßigen Flüssigkeitsaustausch das Wachstum der Zellkulturen beeinflussen.“ Mit 3D-Modellen könne sie dann Zellen des menschlichen Mittelhirns für ihre Forschungsarbeit zu Parkinson am LCSB nachbilden.

Das habe zwar nicht direkt mit ihrer Forschungsarbeit zu Parkinson am LCSB

zu tun, immerhin gehe es nicht darum, eine spezifische Erkrankung zu ergünden, doch der gemeinsame Nenner sei die Untersuchung von menschlichem Zellmaterial mittels 3D-Konstruktionen, die jene im menschlichen Mittelhirn nachbilden. Die Resultate könnten später bei anderen Experimenten, von großem Nutzen sein. Zudem sei die Zusammenarbeit mit den Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen und Ländern die beste Chance, den Horizont zu erweitern und Verbindungen zu Forschern aufzubauen, die die Wissenschaft weiterbringen können. Team-Kollegin Daniela María Vega Gutiérrez sieht das genauso. Sie ist Masterstudentin in Integrated System Biology am LCSB, kommt aus Costa Rica und möchte durch ihre Teilnahme ein Vorbild für angehende Studentinnen sein. Es sei die optimale Gelegenheit zu zeigen, dass Forscherinnen aus Lateinamerika, wo immer noch nur sehr wenige Frauen im STEM-Bereich forschen, an wichtigen wissenschaftlichen Projekten mitwirken können.

Vernetzung ist neben finanzieller Förderung eine der Hauptaufgaben der LSA. Während die Weltraumorganisationen anderer Länder eigene Projekte durchführen, geht es in Luxemburg darum, die richtigen Leute zusammenzubringen und zu unterstützen. Etwa 70 Unternehmen und Forschungseinrichtungen sind inzwischen im Luxemburger Ökosystem Space angesiedelt. Viele von ihnen sind auf die Entwicklungen der jeweils anderen angewiesen. Sie spielen sich gegenseitig in die Hände und verfolgen ein gemeinsames Ziel.

Um die Fundamente zu legen, wird auch der Nachwuchs hierzulande in Technik-Karrieren allgemein gefördert. Das beginnt schon bei den Jüngsten. Anush Manukyan leitet das Modul Space Resources an der Luxembourg Tech School (LTS), das von der LSA unterstützt wird und Schülern an Lycées Programmierung und Technologie nahebringt. Wer das Grundmodul Spieldesign und Programmierung abgeschlossen hat, kann abheben. „In Crashkursen lernen die Schüler die Basics von Space Resources und Robotik, zum Beispiel welche Sensoren Roboter für

die Erkundung des Weltalls brauchen. Dann arbeiten sie an eigenen Projekten und probieren die selbst geschriebenen Programme an Robotern aus. Wir geben ihnen Gelegenheit, kreativ zu werden.“ Im vergangenen Jahr lud die LTS Studierende des Space Masters zu einem Austausch mit den Schülern ein.

Das Programm dieses Masterstudiengangs, den die Universität Luxemburg seit Herbst 2019 anbietet, wurde mit Unterstützung der LSA aufgebaut. Eine Kombination aus Ingenieurs- und betriebswissenschaftlichen Kenntnissen soll hier an die Studenten gebracht werden. „In Luxemburg gab es zwar bereits zuvor die Möglichkeit, ein spezifisches Studium im Raumfahrtbereich zu belegen, etwa Weltraumrecht, aber wir wollten ein Programm auf die Beine stellen, das unterschiedliche Bereiche kombiniert und mit Interdisziplinarität punktet“, erklärt Bob Lamboray, der für die Nachwuchsförderprojekte der LSA zuständig ist. Lina María Amaya Mejía und Aelyn Chong Castro etwa, die für Brains an den technischen Komponenten wie den Temperaturkontrollmechanismen arbeiten, streben einen Abschluss im Interdisciplinary Space Master an.

Durch das Überflieger-Projekt können sie schon einmal hineinschnuppern. Interdisziplinarität wird auch dort großgeschrieben, war dies doch eine der Teilnahmevoraussetzungen. „Wir wollten eine Studentengruppe dabei haben, deren Mitglieder aus unterschiedlichen Forschungsbereichen und akademischen Stufen kommen, und dass sowohl Frauen als auch Männer vertreten sind“, erklärt er. Brains sei ein perfektes Beispiel dafür, was man mit interdisziplinären Projekten alles erreichen könne.

Sind die Studenten also echte Überflieger? „In der Welt der Forschung gibt es so viele schlaue Köpfe, wir sind ja aber noch ganz am Anfang und müssen auch noch so viel lernen“, sagt sie. Doch vielleicht, so hofft sie, öffnet ihr die Teilnahme am Wettbewerb interessante Türen für zukünftige Kooperationen mit Experten aus der Raumfahrt.

Meilensteine 1985

Die Société Européenne des Satellites (SES) wird gegründet und entwickelt sich mithilfe staatlicher und privater Investitionen zu einem der weltweiten Marktführer.

2005

Luxemburg tritt der European Space Agency ESA bei.

2015

Larry Pages Unternehmen Deep Space Industries gründet seinen europäischen Sitz in Luxemburg.

Februar 201

Als erstes europäisches Land erklärt Luxemburg seine Absicht, einen gesetzlichen Rahmen zum Ressourcenabbau im Weltraum zu schaffen, und gründet die Initiative SpaceResources.lu. Federführend ist der derzeitige Wirtschaftsminister Etienne Schneider.

Juni 2016

Luxemburg investiert über die staatliche Investitionsbank SNCI 25 Millionen Euro in eine Kooperation mit der US-amerikanischen Gruppe Planetary Resources. Das Unternehmen wird später insolvent.

Oktober 2016

Die Uni Luxemburg beginnt einen Master-Studiengang in „Space, Communication and Media Law“.

2017

Als zweites Land weltweit (nach den USA 2015) erlässt Luxemburg ein Gesetz, das Abbau und Besitzansprüche von Ressourcen im Weltall regeln soll.

2018

Wirtschaftliche Tätigkeiten im Weltall, allen voran noch immer SES, machen einer Studie der LSA nach fast zwei Prozent des BIP aus, in

nur wenigen Ländern ist der Anteil ähnlich hoch.

September 2018

Startschuss für die Luxembourg Space Agency (LSA). Sie soll Unternehmen nach Luxemburg locken, Ausbildung und Forschung sowie kommerzielle Firmen unterstützen, um den Sektor auszubauen. Dazu arbeitet die LSA eng mit der europäischen Mutter ESA zusammen.

2019

Durch den neuen interdisziplinären „Space Master“ an der Uni Luxemburg sollen Experten hierzulande

praxisnah ausgebildet werden. Studienkosten: 2.000 Euro pro Semester.

2020

Das neu gegründete „European Space Resources Innovation Centre“ soll Forschung und Wirtschaftsleistung im Bereich Space-Mining vorantreiben.

2021

70 Unternehmen und Forschungseinrichtungen sind in Luxemburg ansässig. Zuletzt eröffnete Kleos Space seinen Sitz in Luxemburg, eine Kollaboration mit dem LIST soll entstehen.

„Wir wollen herausfinden, ob und wie die Mikro-Gravitation das Zellwachstum beeinflusst.“

Elisa Zuccoli

„Wir müssen weiterhin viel Energie dareinstecken.“

Als Etienne Schneider Luxemburg 2016 zur zukünftigen Weltraumnation erklärte, wurde viel geschmunzelt. Was seitdem passiert ist, beantwortet Dr. Mathias Link.

Nach der Eröffnung des ESRIC vor gut einem Jahr waren die Räume noch fast leer, die Ambitionen aber groß. Die Kompetenzen und Geräte der ESA im Bereich Space Resources sollten dort konzentriert werden. Ist das geschehen?

Interview: **Franziska Peschel**

Wir sind trotz Pandemie gut vorangekommen. Einige Apparaturen werden im ESRIC entwickelt, andere werden hierhin verlegt, wir haben erste Equipments von der ESA erhalten. Zum Beispiel steht seit Kurzem ein „Oxygen Extraction Demonstrator“ der ESA im ESRIC. Das ist der Prototyp eines Gerätes, das Sauerstoff aus Mondsand herstellt. Der Apparat trennt das Mondgestein in Metalle und Sauerstoff auf. Auf der einen Seite wird Mondsand, also Regolith, hineingegeben, auf der anderen Seite kommt nach der Verarbeitung Sauerstoff heraus. Vorerst testen wir nicht mit echtem Regolith, sondern wir nutzen eine Nachbildung. Wenn das alles erprobt und auf dem Mond installiert ist, kann dieser Sauerstoff zur Lebenserhaltung von Astronauten dienen, aber auch als Treibstoff für Raketen und Satelliten.

Eines der Herzstücke des ESRIC ist der Inkubator für Start-Ups im Bereich Space Resources. Wie weit ist das vorangekommen?

Der Inkubator wurde vor ein paar Wochen am Rande der weltweit größten Raumfahrtkonferenz in Dubai offiziell vorgestellt. Wir betreiben ihn zusammen mit der ESA und dem Technoport, dem nationalen Inkubator für Tech-Startups. Im November auf der NewSpace-Europe-Konferenz in Luxemburg haben wir dann den ersten Projektauftrag für Startups eröffnet. Das ist ein sehr wichtiger Teil vom ESRIC. Unser Ziel ist nicht nur die Forschung, sondern auch kommerzielle Partnerschaften, wir wollen

Firmen unterstützen.

Luxemburg richtet auch jährlich die SpaceResourcesWeek aus. Wie wichtig sind diese Veranstaltungen?

Diese Veranstaltungen sind extrem wichtig, sie bieten der Community eine Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen und Projekte zu besprechen. Dort werden auch wissenschaftliche Ergebnisse vorgestellt. Die SpaceResourcesWeek ist die größte Konferenz weltweit, die auf dieses Thema spezialisiert ist. Wir hatten im vergangenen April über tausend Teilnehmer und mehr als 120 Speaker aus 66 Ländern. Das setzt Luxemburg auf die Landkarten weltweit.

Wie stark ist das Interesse an Projekten aus Luxemburg?

Im Juli haben wir eine Partnerschaft mit Air Liquide und im Oktober auch mit Airbus geschlossen. Sie wirken mit ihren eigenen Technologien bei den Forschungsaktivitäten vom ESRIC mit. Wir wollen eine ganze Herstellungskette für Weltraumressourcen hier in Luxemburg aufbauen. Luxemburg ist im Moment ganz klar als weltweit führend in dem Bereich anerkannt. Bei uns gehen viele internationale Anfragen für Partnerschaften ein. Um diesen Vorteil zu halten, müssen wir auch weiterhin viel Energie in diesen Bereich stecken. Da ist das ESRIC eine wichtige Initiative. Das Interesse auf der Welt wächst stetig. Immer mehr andere Länder beschäftigen sich mit dem Thema. Das ist für uns ganz klar die Bestätigung, dass die Entscheidung, die wir vor sechs Jahren mit dem Start der SpaceResources.lu Initiative getroffen haben, die richtige war.

Das heißt auch, dass die Konkurrenz wächst. Kann ein kleines Land wie

Luxemburg überhaupt mithalten im internationalen Wettbewerb?

Das wird eine Herausforderung sein. Es ist für uns immer schwierig, mit den großen Ländern mit großen Raumfahrt-Budgets mitzuhalten. Die USA, China und auch große europäische Länder wie Frankreich, Deutschland und Italien interessieren sich mittlerweile für dieses Thema und treiben es voran. Aber wir haben viel früher angefangen, das gibt uns einen gewissen zeitlichen Vorteil. Zweitens spezialisieren wir uns stärker auf verschiedene Schwerpunkte. Neben der Satellitenkommunikation haben wir die Nische der Space Resources gewählt. Ein dritter, finanzieller Vorteil ist, dass wir in Luxemburg traditionell stark auf private Investoren setzen. Wenn wir es schaffen, diese in Zukunft noch stärker dafür zu interessieren, sollte das auch im Bereich Space Resources funktionieren. Wir haben das ja in der Vergangenheit bei SES gesehen, wo diese Kooperation mit Privatinvestoren sehr gut funktioniert hat.

Die LSA will Firmen nach Luxemburg ziehen. Was lockt besser, die Science-Fiction-anmutende SpaceMining-Schiene, die das ESRIC verfolgt, oder der irdischere Satellitenbereich?

Beides zieht gut. Die Firmen wissen, dass wir ein Land sind, das das ganze Thema New-Space stark unterstützt und ein attraktives Gesamtumfeld bietet. Ziel ist, dass unsere Firmen nicht nur von öffentlichen Geldern abhängig sind. Inzwischen sind etwa 70 Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Space-Industrie in Luxemburg. Innerhalb der letzten drei Jahre hat sich die Zahl also verdreifacht. Für uns ist das ein Zukunftssektor. Etwa zehn Prozent der Firmen sind schon in dem Bereich Space

Resources unterwegs. Das ist eine unserer langfristigen Prioritäten.

Welche Rolle spielt LSA Data Center für die Wirtschaft?

Wir haben das Data Center aufgebaut, damit wir in Luxemburg Daten vom europäischen Kopernikus-System lagern und speichern können. Unsere Firmen haben dadurch direkten, schnellen Zugriff. Verschiedene Unternehmen können darauf basierend neue Anwendungen entwickeln. Die Datensets, die wir hier haben, sind sehr vollständig. Dazu kommen auch Daten von privaten Firmen.

Laut nationalem Strategieplan steckt Luxemburg in der Periode 2020 bis 2024 Investitionen von knapp 200 Millionen Euro in den Sektor. Gibt es Zahlen, was LSA und Wirtschaftsministerium sich als Outcome erwarten?

Wir stecken dieses Geld vor allem in die verschiedenen Programme der ESA. Nach dem Geo-Return-Prinzip der ESA fließt das Geld eins zu eins in die Luxemburger Industrie und Forschungseinrichtungen zurück. Luxemburger Unternehmen sind an vielen ESA-Projekten beteiligt, in allen möglichen Bereichen der Raumfahrt. Durch solche Finanzierung und Ko-Finanzierung können wir weitere wirtschaftliche Substanz in Luxemburg aufbauen.

Die LSA ist am ESERO und dem Modul SpaceResources der Lux-Tech-school beteiligt. Warum der Fokus auf den Nachwuchs?

Wenn wir die Raumfahrt weiterentwickeln wollen, brauchen wir auch Talente, die in diesem Bereich arbeiten können. Um diese Expertise aufzubauen, muss man früh anfangen, Schüler für technische Themen zu

interessieren. ESERO bietet die Möglichkeit, entsprechende Inhalte in den Schulen gemeinsam anzubieten. Auch bei den außerschulischen Programmen wie der Lux Tech School geht es darum, die technischen Berufe generell attraktiver zu machen. Über die Raumfahrt funktioniert das gut, sie hat den Vorteil, dass sie sehr attraktiv und vielseitig ist, und man darüber eine ganze Reihe von technischen Themen angehen kann.

Die Raumfahrtbranche ist sehr international ausgerichtet. Warum setzen Sie nicht auf Talente aus dem Ausland?

Wir tun beides. Der Standard ist bei uns, dass wir Talente aus dem Ausland herholen. Die ganze Entwicklung der letzten Jahre basiert darauf. Aber in unseren Augen reicht das nicht aus. Wir müssen auch hier in Luxemburg neue Talente ausbilden. 🇱🇺

Es ist für uns immer schwierig, mit den großen Ländern mit großen Raumfahrt-Budgets mitzuhalten.

Mathias Link

ist Dr. der angewandten Physik und hat zurzeit eine doppelte Funktion in den Luxemburger Raumfahrt-Institutionen. Er ist einer von drei Direktoren des Executive Committees der LSA und seit dessen Eröffnung Interim-Direktor des ESERIC.

Kahlschlag in der Autoindustrie

Der Umstieg auf Elektroantriebe könnte über 500 000 Jobs kosten – Luxemburger Zulieferer sehen dennoch Chancen

Von Thomas Klein

Die Elektrifizierung der Automobilindustrie ist mehr als nur der Wechsel der Antriebstechnologie. Vielmehr dürfte sie die ganze Branche tiefgreifend verändern. Bis zu einer halben Million Arbeitsplätze könnten in der Zulieferindustrie alleine in Europa wegfallen, wenn bis 2035 nur noch Elektrofahrzeuge gebaut werden sollten. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Europäischen Verbands der Automobilzulieferer CLEPA und der Strategieberatung von PricewaterhouseCoopers (PwC). Demgegenüber stehen 226 000 potenzielle neue Jobs, die der Wandel bringen könne. Also ein Nettoverlust von rund 275 000 Stellen.

Der Hauptgrund für diese Differenz liegt an der unterschiedlichen Herstellungsweise der beiden Fahrzeugtypen. „Für die Produktion eines Autos mit Verbrennungsmotor benötigen Sie normalerweise bis zu 20 000 einzelne Komponenten, in einem Elektrofahrzeug nur 2 000. Bestimmte Bestandteile wie Getriebe werden bei Elektromotoren einfach nicht gebraucht“, sagt Julian Proffitt, der Präsident des Industrieverbandes Industrie Luxembourg des Equipementiers de l'Automobile (ILEA) und Managing Director des Zulieferers Raval Europe. „Entsprechend werden auch weniger Arbeitskräfte benötigt.“

Batteriefertigung entscheidend

Etwa ein Drittel der Wertschöpfung beim Elektroauto entfällt aktuell auf die Batterie. Damit es also gelingen kann, zumindest einen Teil der Arbeitsplätze in der Industrie in Europa zu erhalten, wird es entscheidend sein, dass die Batteriefertigung hier stattfindet. Die European Battery Alliance schätzt etwa das Marktpotenzial für in Europa produzierte Batterien bis Mitte des nächsten Jahrzehnts auf bis zu 250 Milliarden Euro. „Das Problem ist, dass viele der Komponenten, die man für die Herstellung von Elektroautos benötigt, aktuell außerhalb Europas gefertigt werden. Um den Jobverlust abzufedern, muss es zumindest gelingen, die Batteriefertigung hier anzusiedeln“, sagt Julian Proffitt. Derzeit gibt es auf dem alten Kontinent noch keine Gigafabrik. Aber zahlreiche Projekte wurden angekündigt und einige Werke befinden sich bereits im Bau.

Laut der französischen Beratungsfirma Avicenne soll in den nächsten drei Jahren eine Fertigungskapazität von 200 Gigawattstunden entstehen;

bis 2030 soll sich das dann nochmals verdoppeln. Neben den Autoherstellern haben zum Beispiel die weltgrößte Chemiefirma BASF und und der chinesische Hersteller SVolt eigene Werke in Europa angekündigt. „Es ist aber klar, dass das großangelegte Operationen sein werden. Es scheint daher wahrscheinlich, dass eine kleinere Anzahl von Zulieferern mit hoher Wertschöpfung eine Vielzahl der kleinen und mittelständischen Unternehmen ersetzen werden. Diese werden dann auch weniger Mitarbeiter beschäftigen“, sagt Proffitt. Ein großer Teil dieser Investitionen werde von den Autoherstellern selbst kommen, die dann auch die Fabriken zumindest mitbesitzen würden. „Die Autofirmen werden eine deutlich wichtigere Rolle in diesem Teil der Lieferkette spielen als das derzeit der Fall ist“, sagt Proffitt. Auch der Report von CLEPA und PwC kommt zu dem Ergebnis, dass die Autofirmen sich in einer günstigeren Position befinden als die Zulieferbetriebe, um die Transition zu meistern und den Einnahmeverlust im Antriebsgeschäft auszugleichen. Zum einen seien die Zulieferer weit weniger flexibel, weil sie an langfristige Verträge mit Fahrzeugherstellern gebunden sind. Zum anderen bestehe der Sektor „neben globalen und gut kapitalisierten Branchenfürhrrn (...) aus Hunderten von spezialisierten Unternehmen und KMU, die weniger Zugang zu Kapital haben, um in die Transformation ihrer Geschäftsmodelle zu investieren“, so der Bericht.

Einigen Firmen aus der Branche werde es leichter fallen, sich an die neue Form der Mobilität anzupassen, für andere werde es schwer werden, sagt Julian Proffitt. Unternehmen die nur Komponenten für Verbrennungsmotoren herstellen, müssten kreativ werden, wenn sie eine Zukunft haben wollen. „Sie müssen sich fragen: Was ist unsere Kernkompetenz und wie können wir sie in Bereichen anwenden, die nicht vom Verbrennungsmotor abhängen? Für einige kann das bedeuten, dass sie komplett aus dem Automobilmarkt ausscheiden und sich beispielsweise dem Bereich Maschinen und Anlagenbau zuwenden“, so der Automanager.

Chancen des Übergangs

Automobilzulieferer beschäftigen in Luxemburg derzeit etwa 10 000 Menschen. Für das Großherzogtum erwartet Julian Proffitt aber keinen Jobkahl-

schlag. „Das liegt hauptsächlich daran, dass die Firmen hier nicht so stark auf Produkte angewiesen sind, die von Verbrennungsmotoren abhängen. Die Geschäftsmodelle vieler unserer Mitglieder können vollständig auf Elektroantriebe übertragen werden, andere wie Borg Warner arbeiten schon an dieser Transition“, sagt er. „Aktuell sehe ich keine offensichtlichen Verlierer dieses Übergangs in Luxemburg.“

So verweist BorgWarner, das 2020 Delphi Technologies und damit auch das Werk in Bascharage für 1,36 Milliarden Euro übernommen hat, darauf, dass die Luxemburger Niederlassung für das Wachstum in der Elektromobilität ein wichtiger Standort sei. „Wir verfügen über eine starke und etablierte Kompetenz in den Bereichen Leistungselektronik und Elektrifizierungssysteme in Bascharage und suchen immer nach Softwareentwicklern, Elektroingenieuren und Elektronikhardwarearchitekten, um unser Team dort zu verstärken“, so Arnaldo Iezzi, General Manager Europe von BorgWarner in einer Stellungnahme. Ein wichtiger Teil des Geschäfts des Unternehmens besteht in Komponenten für Verbrennungsmotoren und Getriebe. Deswegen hat BorgWarner in den letzten Jahren verstärkt in neue Kompetenzen im Bereich der Elektromobilität investiert. Vergangene Woche beteiligte sich der Konzern beispielsweise an der Software-Firma Qnovo, die Programme zur effizienteren Batteriesteuerung entwickelt.

Paul Schockmel, Chef des Sensor- und Elektronikherstellers IEE aus Bissen, sieht in der Umstellung eher eine Chance für sein Unternehmen. „Unsere Produkte sind nicht abhängig davon, ob ein Verbrennungsmotor eingebaut wird. Daher sind wir von den in der Studie dargestellten Folgen zumindest nicht direkt negativ betroffen“, sagt er. „In unserer Gruppe ist eher das Gegenteil der Fall. Die Elektrifizierung wird den Bedarf an Elektronikkomponenten eher noch vergrößern.“ Noch haben die Zulieferfirmen und Arbeitnehmer Zeit, sich auf den Wandel einzustellen. Die Studie geht davon aus, dass sich 70 Prozent des Kahlschlags bei der Beschäftigung in der Zeit zwischen 2030 und 2035 abspielen wird. Inzwischen lässt sich der Wandel auch an den Absatzzahlen ablesen: Während die Neuzulassungen insgesamt gemäß gestern veröffentlichten Zahlen der European Automobile Manufacturers' Association im

vergangenen Jahr in der Europäischen Union um 2,4 Prozent (Luxemburg: minus 1,8 Prozent) zurückgegangen sind, steigt der Anteil der Elektroautos stetig an. Laut einer Auswertung der Financial Times wurden im Dezember europaweit erstmals mehr E-Autos als Dieselfahrzeuge verkauft. Demnach hatte jeder fünfte Neuwagen, der in den 18 untersuchten Ländern veräußert

wurde, einen Elektromotor. Die Tendenz ist auch aufgrund der massiven staatlichen Förderungen schnell steigend. Der neue Absatzrekord der E-Autos vom Dezember in Westeuropa (176 000 Fahrzeuge) bedeutet eine sechsprozentige Steigerung im Vergleich zum Vorjahr.

● *Aktuell sehe ich keine*

● *offensichtlichen Verlierer dieses Übergangs in Luxemburg.*

Julian Proffitt, Präsident ILEA

Lëtzt Tech!

Wussten Sie, dass Luxemburg zu den beliebtesten Start-up-Standorten weltweit gehört? Und als dieser beherbergt das Großherzogtum viele interessante Projekte aus unterschiedlichen Bereichen. Ein Blick auf sechs Start-ups aus dem Tech-Bereich.

Musik aus dem Computer (Aiva Technologies)

Musik ist ein fester Bestandteil unseres Lebens und gehört – egal ob in der Werbung, Computerspielen oder Filmen – zu den Hauptträgern von Emotionen. Allein die Vorstellung eines Horrorfilm ohne deren düstere Hintergrundmusik, eines Actionspiel ohne die aufputschende Rockmusik oder einer Wohlfühlwerbung ohne die sanfte Melodie, ist verwirrend. Doch nicht jedes Unternehmen, das sich mit der Produktion von audiovisuellen Projekten befasst, ist auch in der Lage, diese musikalisch zu hinterlegen. Und genau an dieser Schnittstelle setzte das Start-up Aiva Technologies an. Mit Aiva können auch Unternehmen, ohne Erfahrung

oder Kompetenzen im musikalischen Bereich, die passende Melodie erschaffen. Der Nutzer kann bei Aiva in einer Vorauswahl sowohl zwischen unterschiedlichen Genres als auch in Bezug auf Schnelligkeit, Dauer oder Instrumentalisierung der Musik auswählen. Anhand dieser eingegebenen Wünsche erstellt die künstliche Intelligenz von Aiva – in einer Zeitspanne zwischen wenigen Sekunden und einer Minute – einen Track, der dem Projekt seines Kunden entspricht. Die Musik aus dem Computer gibt es bei Aiva seit 2016 – und der Standort des Unternehmens ist damals wie heute immer noch Luxemburg.

Kleiner Gehilfe (LuxAI)

Fragt man Kinder nach ihren Zukunftsvorstellungen, landet man mit großer Wahrscheinlichkeit schnell beim Thema Roboter. Technik zum Interagieren ist einer der Menschheitswünsche, der mit den großen Fortschritten der Technologie in den vergangenen Jahren zunehmend erfüllt wurde. Doch liefern weder das Smartphone noch der virtuelle Assistent (Beispiel: Alexa oder Google Home) das gleiche Gefühl wie die Vorstellung eines persönlichen kleinen Gehilfen – eines eigenen Roboters. Das Startup LuxAI hat diesen kleinen Gehilfen erschaffen.

Die initiale Idee hinter dem Projekt war das Erschaffen eines Lernpartners für Kinder mit Autismus. Der QTrobot – so heißt der kleine Gehilfe – bietet deswegen mehrere unterschiedliche Programme, wie beispielsweise das zur emotionalen Entwicklung oder das bezüglich der Entwicklung von Sozialkompetenz, zur Weiterbildung von Kindern mit Autismus an. Neben dem Einsatz im Kinderzimmer kann der QTrobot ebenfalls im Labor eingesetzt werden. Hier soll er mit Fähigkeiten wie seiner „menschenorientierten KI“, seiner „motivierenden Art“ oder seiner „nutzerfreundlichen Programmieroberfläche“ die Recherchearbeit vereinfachen.

Digitalisierungsschub (Doctena & Salonkee)

Während die erfahreneren Generationen noch mit Telefonbuch und Festnetz aufwuchsen, kann Generation Z getrost als telefonierfaul bezeichnet werden. Allen voran, wenn es darum geht, einen Termin beim Arzt oder Friseur zu buchen. Viel lieber zückt man mittlerweile das Smartphone und vereinbart einen Termin online. In Luxemburg haben sich deswegen zwei unterschiedliche Start-ups dieser Digitalisierungsquest angenom-

men. Doctena (Arztpraxen) und Salonkee (Friseursalons) bieten die einfache Möglichkeit, einen Termin über einen digitalen Reservierungsplan zu buchen und so auch der jungen Generation und deren Wünschen gerecht zu werden. Das Startup Doctena bietet neben dem einfachen Buchen von Terminen ebenfalls ganze Online-Sprechstunden mit Ärzten an. Damit es bei Salonkee künftig auch zu Online-Friseurterminen kommen kann, müsste das Start-up LuxAI ihrem QTrobot wohl zuerst noch das Haarschneiden beibringen.

Hinter der Wette (Jack Time)

Das Wetten auf Sportevents hat große Tradition. Früher wurde allen voran bei ausgewählten, exklusiven Rennen oder Turnieren gewettet. Heute findet kaum ein Sportereignis mehr statt, ohne dass Menschen weltweit ihr Geld auf dessen Ausgang setzen. Doch während viele Menschen wissen, wie das Wetten an sich funktioniert, gibt es nur einen kleinen Teil der Weltbevölkerung, der sich mit der Frage befasst, wie Buchmacher derart schnell und genau die sekundlich ändernden Wettquoten berechnen, sodass am Ende des Tages auch für sie ein Gewinn herauspringt. Das Start-up Jack Time aus

Luxemburg arbeitet in genau diesem Feld. Jack Time entwickelt und designt Software-Produkte und -Services und verkauft diese an internationale Wettanbieter. Das besondere an ihrer Software „Betcore“ ist, dass sie unabhängig von der benutzten Basissoftware eingesetzt werden kann und das bestehende System optimiert. Darüber hinaus verfügt die Software über das Königsfeature des Live-Wettens. Mit der Cash-Out-Option ist es dem Kunden jederzeit möglich, sich den aktuellen Stand seiner Wette ausbezahlen zu lassen. Dieses Feature fordert der Software eine noch schnellere und performantere Berechnung der Quoten ab. Das Start-up Jack Time wurde 2014 gegründet und hat seinen Sitz auch heute immer noch in Luxemburg.

Abgeschlossen (Keymitt)

Wer kennt es nicht: Man ist im Stress, greift schnell nach seinen Sachen, läuft zum Auto, nimmt Platz und startet den Motor. Doch bevor man losfährt, poppt einem auf einmal diese eine Frage in den Kopf: Habe ich abgeschlossen? Also steigt man wieder aus, läuft zurück zum Haus und checkt, ob abgeschlossen ist. Schlimmer noch, wenn diese Frage einem in den Sinn kommt, wenn man schon unterwegs ist und nicht mal eben schnell kontrollieren kann. Das Luxemburger Start-up Keymitt beschäftigt sich mit genau diesem Problem

und bietet dem vergesslichen oder einfach nur technikaffinen Kunden eine Reihe an unterschiedlichen Lösungen. Unabhängig vom genauen Produkt bleibt das Prinzip jedoch immer gleich: ein intelligentes Schloss, dass sich zu jeder Zeit und von überall per Smartphone sowohl öffnen als auch schließen lässt. Das interessante an den Produkten von Keymitt ist, dass sich der Kunde nicht zwischen dem traditionellen und digitalen Schloss entscheiden muss. Keymitt-Lösungen werden an dem existierenden System angebracht und erlauben sowohl eine analoge als auch eine digitale Nutzung. Das Start-up wurde 2017 gegründet und hat ihren Sitz nach wie vor in der luxemburgischen Hauptstadt.

Text: **Daniel Baltes**



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Finanzchefin für Luxemburg

Première in Luxemburg: Erstmals wird mit Yuriko Backes eine Frau das Finanzministerium leiten. Die langjährige Diplomatin wird an diesem Mittwoch im großherzoglichen Palast vereidigt. Die dortigen Räumlichkeiten dürfte die 50 Jahre alte Backes bestens kennen, denn seit Juni 2020 zeichnete sie als Hofmarschallin für die Finanz- und Personalpolitik am Hof des Großherzogs von Luxemburg verantwortlich. Sie tritt die Nachfolge von Pierre Gramegna an, der Anfang Dezember nach achtjähriger Amtszeit seinen Rücktritt aus persönlichen Gründen ankündigte.

Auch Backes gehört wie Gramegna der liberalen Demokratischen Partei an, deren prominentester Vertreter Ministerpräsident Xavier Bettel ist. Doch vor ihrer Nominierung Anfang Dezember war sie noch kein Mitglied dieser Partei. Backes war in den Vertretungen des Großherzogtums in Brüssel und New York tätig. Von 2006 bis 2008 arbeitete sie in der Luxemburger Botschaft in Tokio. Von 2010 bis 2016 war sie diplomatische Beraterin der Regierungschefs Jean-Claude Juncker und Bettel. Danach leitete sie die Vertretung der Europäischen Kommission in Luxemburg. Anschließend übernahm sie am Hof des Großherzogs Henri die Verantwortung für eine umfassende Verwaltungsreform.

Diese war notwendig geworden, nachdem es ungewöhnlich viele Kün-

digungen und Entlassungen am Hof gegeben hat. In einer von der Luxemburger Regierung in Auftrag gegebenen Untersuchung, dem sogenannten Waringo-Bericht, stellte sich heraus, dass die Ehefrau des Großherzogs, Maria Teresa, in die Personalpolitik eingegriffen haben soll, obwohl sie eine nur rein repräsentative Rolle ausübt. Auch die Trennung der Finanzen zwischen öffentlichen und privaten Interessen des Staatsoberhauptes war ein Thema. Diese Reform erfordert einiges an Fingerspitzengefühl, über das Backes dank ihrer diplomatischen Erfahrung verfügt. Nun muss sie als Finanzministerin ihr Geschick beweisen, denn Luxemburg kämpft noch immer gegen sein Image als Steueroase. maf.

Zum Ende des ungesunden Steuerwettbewerbs

KONFERENZ Erste Rede von Finanzministerin Yuriko Backes

Christian Muller

Noch keine vier Arbeitstage ist es her, dass Yuriko Backes ihr neues Amt als Finanzministerin antrat. Am Dienstag hielt sie nun, im Rahmen einer Konferenz der UEL über das neue internationale Steuerumfeld, ihre erste offizielle Rede als Minister. Ebenfalls anwesend war Pascal Saint-Amans, zuständig für den Bereich Steuern bei der OECD.

„Wir haben einen langen Weg hinter uns“, so Finanzministerin Yuriko Backes über den laufenden Wandel in den weltweiten Steuerregeln. Historisch gesehen sei das aktuelle System vor rund 100 Jahren entstanden, als Volkswirtschaften und Steuern vornehmlich als nationale Themen angesehen wurden, erinnerte sie. „Die Steuerregeln waren nicht gedacht, um die Herausforderungen der Gegenwart (Globalisierung und Digitalisierung) zu meistern.“

Es sei notwendig geworden, das System an die neue Zeit anzupassen, lobt sie die diesbezüglichen Anstrengungen von G7, G20 und OECD. Es handle sich um eine „komplette Neugestaltung der internationalen Besteuerung“, und „alle Bereiche der Wirtschaft werden betroffen sein“.

Luxemburg sei von Anfang an bei den Initiativen (etwa BEPS) mit dabei gewesen, erinnerte sie. „Konstruktiv und als Vorreiter.“ Die Regierung habe sich dem Wandel hin zu einer „fairen und transparenten Besteuerung“ verschrieben. Im Bereich der Besteuerung der digitalen Wirtschaft sei das Land sogar bereit gewesen, noch weiter zu gehen – doch andere hätten gebremst. Gleichzeitig hob sie hervor, wie ihr Vorgänger Pierre Gramegna auch, dass es gleichzeitig wichtig sei, auf das Prinzip des „level playing field“ (gleiche Regeln für alle; d.Red.) zu achten.

„Das System wird fairer werden“

Wenn es um internationalen Steuerwettbewerb geht, sei es wichtig, kohärente Regeln zu haben, so die Ministerin weiter. „Wir brauchen das. Und wir unterstützen das.“ Die geplante Mindeststeuer von 15 Prozent für große Konzerne werde dem ungesunden Steuerwettbewerb zwischen den Ländern ein Ende bereiten. „Das System wird fairer werden. Steuern werden im Wettbewerb der Standorte künftig eine kleinere Rolle spielen.“ Der Wandel komme jedoch nicht als Überraschung, so Yuriko Backes. Über die letzten Jahre habe ein globaler Mentalitätswechsel stattgefunden: „Es war ein Prozess.“

Derweil betonte sie, dass, auch wenn es schwierig sei, Vorhersagen zu machen, man aber festgestellt habe, dass der bisherige Wandel dem Großherzogtum nicht geschadet habe. Im Gegenteil: Der Finanzplatz sei weiter gewachsen. Steuern seien eh nicht das wichtigste Argument, um Firmen nach Luxemburg zu ziehen, so die Ministerin. Das Land biete viel mehr. Neben Stabilität und dem Kreditwürdigkeitsranking AAA hob sie vor allem die Expertise hervor.

„Aber täuschen Sie sich nicht“, änderte sie zum Schluss ihrer Rede den Tonfall. „Ich werde Luxemburgs nationale Interessen resolut verteidigen und mich dafür einsetzen, dass Luxemburg wirtschaftlich attraktiv bleibt.“ Sie werde die Politik ihres Vorgängers fortsetzen, sagte sie. Steuerwettbewerb an sich sei ja auch etwas Gutes. Aber halt mit neuen, fairen Regeln. Bei ihrem Vorgänger Pierre Gramegna bedankte sich Yuriko Backes für den guten Job. Und sie hoffe, dass sie ein „würdi-

ger Nachfolger“ sein werde.

„Wir schlagen nun eine neue Seite auf“

Pascal Saint-Amans, Direktor beim Steuerbereich der OECD, mit dem Yuriko Backes zuvor Unterredungen hatte, folgte ihr am Dienstag als Redner auf der vom Arbeitgeber-Dachverband UEL („Union des entreprises luxembourgeoises“) organisierten Konferenz „The new international tax framework and its impact on Luxembourg tax policy“. Auch er unterstrich die Notwendigkeit, einen „gesunden Steuerwettbewerb“ zu erhalten, jedoch mit erneuerten, gerechteren und inklusiven Regeln.

Er erinnerte zudem daran, dass diese Einigkeit noch nicht so alt ist. Vor rund 15 Jahren habe es noch Diskussionen um das Bankgeheimnis gegeben. „Aber wir sind vorangeschritten ... zum Wohle der ganzen Welt“, so Pascal Saint-Amans. „Wir schlagen nun eine neue Seite auf. Die 100 Jahre alten Regeln waren nicht mehr passend.“ Es brauche neue Regeln, damit die Menschen der Globalisierung wieder mehr Zustimmung geben. „Es ist das Ende einer Ära.“

Laut Zeitplan sollen die Details der Regelungen nun schnell ausgehandelt werden, so der Vertreter der OECD weiter. Den Mindeststeuersatz will man 2023 bereits einführen. „Aber ich weiß, dass ich auf Luxemburg zählen kann“, so Pascal Saint-Amans. Die nächste, folgende Ära hat Pascal Saint-Amans auch bereits im Auge. Im Sinne des Kampfes gegen den Klimawandel gelte es nun, einen internationalen Preis für CO₂-Ausstoß einzuführen.

Im Namen der Luxemburger Unternehmen hatten zuvor Michel

Reckinger (Präsident UEL) und Luc Frieden (Präsident Handelskammer) das Wort. Reckinger hob hervor, wie wichtig es sei, dass das Land wirtschaftlich attraktiv bleibt. Zudem unterstrich er, dass Luxemburg auch schon vor der Zeit des Finanzplatzes international (im

Stahl) aktiv war. Der ehemalige Finanzminister Luc Frieden erklärte, dass Steuern nicht nur eine Geldquelle, sondern auch ein politisches und soziales Steuerungsinstrument seien. Und solange nationale Staaten eigene politische Prioritäten setzten, könne der

Steuerbereich nicht international vereinheitlicht werden. Eine internationale Koordination, etwa auf Niveau der OECD, findet er jedoch gut. „Luxemburg soll ein Steuersystem haben, das fair zu den Nachbarn ist, aber auch attraktiv für die Firmen.“

Was geplant ist

Im Rahmen der OECD sind zwei große Vorhaben geplant. Dazu zählt erstens der sogenannte „Pillar 1“. Dieser sieht die Umverteilung eines Teils der Gewinne der weltweit größten und profitabelsten Unternehmen vor. Diese Steuern sollen dann, berechnet nach einem Verteilungsschlüssel, in die Länder fließen, in denen die Verbraucher leben. Firmen sollen sich nicht mit einem Hauptsitz in Steuerparadiesen verstecken können. Ausgenommen von der Regelung sind der Erzabbau und die regulierten Finanzdienstleistungen. „Unternehmen sollen sich auf ihr Geschäft konzentrieren, nicht auf Steuern“, so Pascal Saint-Amans am Dienstag zu „Pillar 1“. Daneben gibt es den sogenannten „Pillar 2“. Für globale Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 750 Millionen Euro soll ein minimaler Gesamtsteuersatz von mindestens 15 Prozent festgelegt

werden. „Das alte System war nicht gut“, bemerkte Pascal Saint-Amans zu „Pillar 2“. „Jedes Land braucht Unternehmenssteuern.“ Jetzt werde es vorbei sein mit dem Wettlauf nach unten. Auch seien 15 Prozent (anfangs war mehr geplant) nicht wenig, so der Vertreter der OECD. Es werde anständige und positive Folgen haben. Die Investmentfonds-Industrie ist von der Regelung ausgenommen. Als drittes großes Element gilt eine von der EU-Kommission vorgelegte Initiative zur Bekämpfung des Missbrauchs von Briefkastenfirmen zu unlauteren Steuerzwecken. Man wolle sicherstellen, dass Briefkastenfirmen in der EU, die keine oder nur eine minimale Wirtschaftstätigkeit aufweisen, keinerlei Steuervorteile in Anspruch nehmen können, so die Kommission bei der Vorstellung. Die Richtlinie soll nach Annahme durch die Mitgliedstaaten am 1. Januar 2024 in Kraft treten.

Die Folgen für Luxemburg

Über die möglichen Folgen der Veränderungen bei den internationalen Steuerregeln gehen die Meinungen weit auseinander. So erwartet beispielsweise das „Observatoire européen de la fiscalité“, dass Luxemburg allein wegen „Pillar 2“ zusätzliche Steuereinnahmen von 4,5 Milliarden Euro erwarten könnte. Das wäre mehr als eine Verdoppelung der aktuellen Einnahmen von Steuern durch Unternehmen.

In einer separaten Untersuchung ist das statistische Institut Statec derweil zu dem Schluss gekommen, dass Luxemburg bei „Pillar 1“ begrenzt Einnahmen verlieren dürfte, während das Land bei „Pillar 2“ theoretisch gewinnen würde. Jedoch wisse man heute nicht, wie die Konzerne auf die neue Situation reagieren werden. Würden beispielsweise Konzerne das Großherzogtum verlassen, dann könne Luxemburg auch bei „Pillar 2“ verlieren. Die Statistiker kommen zu dem Schluss, dass die Folgen aktuell noch sehr schwer abschätzbar sind.

Union Européenne
Interview

Euro / Zone euro

Erfolgsgeschichte mit langem Anlauf

20 Jahre nach Einführung des Euro-Bargelds zieht Yves Mersch Bilanz

Interview: Thomas Klein

Nach 20 Jahren kann sich kaum noch jemand in Luxemburg vorstellen, mit einer anderen Währung als dem Euro zu bezahlen. Als Unterhändler bei den Maastrichter Verträgen und als langjähriges Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank hat Yves Mersch die Entwicklung der gemeinsamen Währung von Beginn an mitgeprägt. Ein Gespräch über eine Erfolgsgeschichte mit Anlaufschwierigkeiten.

Yves Mersch, können Sie sich daran erinnern, wann Sie zum ersten Mal von der Idee einer gemeinsamen europäischen Währung gehört haben?

Das war im Studium in Paris. Damals hat unser Professor in Volkswirtschaft, Raymond Barre, über eine gemeinsame Währung gesprochen und natürlich auch über den Werner-Plan. Als ich dann zurückkam und anfangs, im Finanzministerium zu arbeiten, war ich als junger Angestellter der Kofferträger des Finanzministers. In diesem Rahmen haben wir uns häufig die Wochenenden um die Ohren geschlagen, wenn es darum ging, Wechselkursanpassungen im europäischen Währungssystem vorzunehmen.

Nach dem frühen Vorstoß mit dem Werner Plan 1970 wurde es in den 1980er Jahren zunächst ruhig um die Idee einer gemeinsamen europäischen Währung. Wie kam dann wieder neuer Schwung auf?

Zunächst wurde das internationale Währungssystem, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vorherrschend war, in den 70er Jahren außer Kraft gesetzt. Vor-

her waren die Währungen an den Dollar gekoppelt. Plötzlich hatte man starke Wechselkurschwankungen. Die europäischen Volkswirtschaften reagierten sehr

unterschiedlich auf diese externen Schocks, so dass zunächst an eine gemeinsame Währung nicht mehr zu denken war. Es zeigte sich aber, dass die Wechselkurschwankungen die gemeinsame Agrarpolitik in Frage stellte, die auf festen Kursen aufgebaut war. Das verstärkte das Interesse Frankreichs an einer gemeinsamen Währung. Und auch Deutschland war als Exportland an festen Wechselkursen innerhalb Europas gelegen. Auf dem EU-Gipfel 1988 in Hannover wurde dann beschlossen, in die Richtung einer gemeinsamen Währung zu gehen und die Delors-Gruppe wurde einberufen, um konkrete Schritte hin zu einer Wirtschafts- und Währungsunion zu erarbeiten. Das mündete dann schließlich in die Maastrichter Verträge.

Sie waren an den Verhandlungen zu den Maastrichter Verträgen beteiligt. Was war Ihre Rolle dabei?

Die Verhandlungen zu der Wirtschafts- und Währungsunion wurden von den Finanzministern der Länder geführt. Jeder Finanzminister entsandte einen Vertreter. In dieser Gruppe wurden dann die Details verhandelt. Ich war der Abgesandte von Jean-Claude Juncker. Diese Gruppe der Stellvertreter hat sich einmal in der Woche gesehen. Nach den Diskussionen haben wir alle Vorschläge auf den Tisch gelegt; und wenn diese nicht allzu weit auseinander lagen, kamen sie in die Fortschrittsberichte an die Minister. Im ersten Halbjahr 1991 hatte Luxemburg den Vorsitz in der Runde der europäischen Finanzminister. Meine Herangehensweise an die Verhandlungen war, mit den einfachsten Sachen zu beginnen, bei denen das Einverständnis schon relativ groß war, um einen möglichst breiten Sockel zu haben und auch eine Dynamik herzustellen,

auf der wir dann bereits sagen konnten: „Wir haben schon einen gewissen Stand erreicht. Wir können jetzt nicht mehr zurück.“

Es gab ja zwischen den Ländern sehr unterschiedliche Vorstellungen zur Geldpolitik. Was war damals Luxemburgs Position in der Diskussion?

Wir hatten zuvor die Erfahrung in der belgisch-luxemburgischen Währungsunion gemacht, wie gefährlich es für ein Exportland wie Luxemburg sein kann, wenn man eine unorthodoxe Fiskalpolitik betreibt, man also versucht, Schulden über die Zentralbank zu bezahlen und zu monetarisieren. Gerade mit einem Index-Mechanismus ist es unmöglich, in einer solchen Welt zu bestehen. Und deshalb war die luxemburgische Haltung während der ganzen Zeit, dass wir die Länder unterstützt haben, die auf einen Stabilitätsmechanismus gedrängt haben. Uns war natürlich bewusst, dass wir Kompromisse brauchen und wir als kleines Land immer den Ausgleich zwischen den Großen unterstützen sollten. Das war immer schon luxemburger Politik und das war auch während den Verhandlungen so.

Wie kann man sich die Diskussionen in den Verhandlungen vorstellen? Waren das rein technische, juristische Auseinandersetzungen oder wurde es auch emotional?

Obwohl wir als Beamte gehalten waren, die Sache auf dem technischen Boden zu belassen, kam es unausweichlich auch zu emotionalen Momenten. Wir haben uns praktisch jede Woche gesehen über einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren. Zeitweise haben wir mehr Zeit miteinander verbracht als mit unseren Ehefrauen. Viele der Leute, die an diesen Verhandlungen teilgenommen haben, unterhielten ihr Leben lang freundschaftliche Verhältnisse zueinander, obschon sie manchmal unterschiedliche Positionen zu verteidigen hatten. Mit Horst Köhler und Jean-Claude Trichet bin ich zum Beispiel weiterhin verbunden. Auch Mario Draghi habe ich damals kennengelernt.

Als die Verträge unterschrieben waren und der Countdown für die Einführung des Euro lief, wie sahen die Vorbereitungen auf nationaler Ebene aus?

Es waren vor allem Anstren-

gungen notwendig, um die verschiedenen Volkswirtschaften aneinander anzugleichen. Im Unterschied zu früheren Plänen zu einer Währungsunion, gab es in den Maastrichter Verträgen ein festes Datum. Das war natürlich ein Risiko, weil eine Mindestanzahl von Ländern bis dahin die notwendigen Bedingungen erfüllen mussten. Luxemburg war eines der ganz wenigen Länder, die wirklich auf die Kommastelle genau alles eingehalten haben. Aber die anderen Länder mar-

schierten in die richtige Richtung. Es wurden erhebliche Anstrengungen auf der Fiskalseite unternommen, damit die Ökonomien sich einander annäherten. Die Vorbereitung konzentrierte sich in den meisten Ländern auf den Schulden- und Defizitabbau. Die 1990er Jahre waren ein Jahrzehnt der strukturellen Anpassungen.

Wie liefen die Vorbereitungen auf die Bargeldeinführung in den Zentralbanken ab?

Schon 1996 wurden die ersten Geldscheine den Ministern vorgestellt und wir hatten Zeit, diese dann zu drucken. Uns war angst und bange, dass das schiefgehen könnte. Wir sollten die Einführung von neuen Geldscheinen von einem Tag auf den anderen auf einem ganzen Kontinent vorbereiten. Das war eine enorme logistische Herausforderung. Als das dann gut gelaufen ist, war es eine große Genugtuung, das vollbracht zu haben, was man versprochen hatte und was von einem erwartet worden war.

Nachdem Sie von Anfang an Teil dieses Projekts waren, wie fühlten Sie sich als Sie den ersten Euroschein in Händen hielten?

Es gab ganz klar das Bewusstsein, dass das ein historischer Schritt sei, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Es war ein weiterer Schritt, um Krieg auf unserem Kontinent unmöglich zu machen und „nie wieder“ zu sagen. Den ersten Geldschein habe ich dem Großherzog gezeigt und bin dann gleich danach aus der Zentralbank rüber in die Fondation Pescatore

Union Européenne Interview

Euro / Zone euro

gegangen, um ihn Pierre Werner zu zeigen. Ich werde nie vergessen, wie ihm die Tränen über die Wangen gelaufen sind.

Sie waren von Anfang an eng in die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank eingebunden. Was waren in den ersten Jahren die wirtschaftlichen Effekte der neuen Währung?

Wir waren von Beginn an sehr darauf bedacht zu zeigen, dass der Euro eine starke Währung ist und haben daher sehr auf die Entwicklung der Inflation geachtet. Andererseits bestand die Gefahr, dass ein zu starker Euro den Export abwürgt. In dieser Hinsicht hat uns geholfen, dass Deutschland noch immer ein wenig mit den Belastungen der Wiedervereinigung zu kämpfen hatte. Das sorgte dafür, dass der Euro nicht zu stark wurde. Daneben haben wir zu der Zeit von der Globalisierung der Wirtschaft profitiert, die die Preise nach unten gedrückt hat. Der internationale Handel hat geblüht und die nicht zu starke Währung hat den Export auch in Europa angetrieben. Außerdem hat durch den Euro auch der innereuropäische Handel sehr stark zugenommen.

Die erste Bewährungsprobe kam dann nach 2008 als sich aus einer Finanzkrise die Eurokrise entwickelt hat. Einige Beobachter sahen auch Konstruktionsfehler des Euro als Ursache der Krise. War Ihnen im Vorfeld bewusst, dass es solche Schwachstellen im Euro-System geben könnte?

Wenn Sie damit die unzureichende Fiskalunion ansprechen,

war das natürlich schon ein Thema bei den Verhandlungen. Wir waren uns allerdings bewusst, dass wir auf dem Weg nicht weiter vorankommen könnten und haben deshalb auf den Druck der Märkte gesetzt, um die Verschuldung in Grenzen zu halten. Während der 2000er Jahre war es verheerend, dass sowohl Deutschland als auch Frankreich die Kommission überstimmt haben, und das Defizitverfahren gegen sie nicht weitergeführt wurde. Das hat den Finanzmärkten dann gezeigt, dass hier eine Schwachstelle des Euro sein könnte und das Ganze wieder auseinanderbrechen könnte, wenn sich die gemeinschaftliche Verantwortung nicht auf die Fiskalpolitik übertragen würde. Und das ist dann in Extremfällen soweit gekommen wie bei Griechenland. Aber dann wiederum hat man auch gesehen, wie viel politisches Kapital in diese gemeinschaftliche Währung investiert worden war.

Als 2008 Lehman Brothers pleite gegangen ist, hatten sie direkt die Befürchtung, dass eine Finanzkrise in eine Euro-Krise münden könnte?

Ich kann mich noch sehr gut an ein Treffen mit einem Vertreter des Internationalen Währungsfonds zu dieser Zeit erinnern. Ich habe ihm damals schon gesagt, die größte Gefahr ist, dass sich nach Griechenland auch Irland, Portugal, Spanien und dann Italien anstecken und dann packen wir es nicht mehr. Diese Erkenntnis hatten wir schon sehr früh. Verschiedene Volkswirtschaften hatten während der 2000er Jahre nicht die Anstrengungen unternommen,

die notwendig gewesen wären. Als dann die Krise kam, hatten sie keinerlei Spielraum. Das machte drastische Anpassungen notwendig, die dann von vielen als Austerität empfunden und kritisiert wurden.

Als einer der Wendepunkte der Krise gilt die Ansprache des damaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi, der sagte, man werde „whatever it takes“ unternehmen, um den Euro zu retten. Wie sah das Innenleben der Zentralbank zu der Zeit aus? Ich nehme an, es war ein langer Prozess bis alle hinter dieser Aussage standen.

Damals wusste Draghi selbst, dass das nicht stimmte, was er gesagt hat. „Whatever it takes“ hat auch seine Grenzen, und diese Grenzen sind juristisch einklagbar.

Und er hat auch alle damit überrascht, denn das stand so nicht in seiner Rede, die dem Direktorium vorgelegt wurde. Er hat das im letzten Moment eingefügt. Im Rückblick war das natürlich ein sehr wichtiger persönlicher Beitrag zu Lösung der Krise. Innerhalb der EZB haben wir dann diskutiert, was das genau heißt, und wo tatsächlich die Grenzen der Euro-Rettung liegen. Letztlich mussten wir nicht weiter gehen, weil die Märkte damit überzeugt waren. Wenn das nicht so gewesen wäre, dann wäre der Offenbarungseid für verschiedene Länder sicherlich gekommen. Und ich bin mir nicht sicher, ob wir dann heute noch mit der gleichen Zahl von Ländern in der Währungsunion wären wie wir es heute sind.

Aktuell sind wir wieder in einer Krise. Dennoch scheinen die längerfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen diesmal nicht so schwerwiegend zu sein. Was hat Europa unternommen, um krisenfester zu werden?

Zunächst mal hat sich gezeigt, dass die Europäer nicht lernresistent sind. Dieses Mal gab es eine schnelle, einheitliche Antwort. Wir haben nicht nur die Währungspolitik in Gang gebracht, sondern auch die Fiskalpolitik. Zum anderen hat sich aber auch gezeigt, dass wir viele der volkswirtschaftlichen Wechselwirkungen nicht gut genug verstehen. Wir hatten kein genaues Bild davon, wie sich das Sparaufkommen der Bürger entwickeln würde oder zu welchem Zeitpunkt die Konjunktur wieder anziehen wür-

de. Folglich gibt es immer noch

massive Unsicherheiten und Risiken in den kommenden Monaten. Wie entwickelt sich die Inflation? Ist die Energiekrise eine vorübergehende Sache? Kriegen wir die Probleme mit den Lieferketten in den Griff? Das wirkt sich alles auf die Entscheidungen der Geldpolitik in den nächsten ein bis zwei Jahren aus.

Die Krise führte unter anderem dazu, dass die europäischen Länder zum ersten mal gemeinsame Anleihen begeben haben. Einige sprachen in diesem Zusammenhang von

einem Hamilton-Moment. Was bedeutet das für den gemeinsamen Währungsraum?

Der Unterschied ist ja, dass Alexander Hamilton bestehende Schulden der amerikanischen Staaten übernommen hat. So weit sind wir ja in Europa noch nicht; das würde ich dann auch als einen schwarzen Tag für die EU bezeichnen. Mit den gemeinsamen Bonds finanzieren wir Investitionsausgaben für die Zukunft und begleichen nicht Schulden der Vergangenheit. Natürlich war das ein wichtiger Moment. Eine Dis-

kussion über gemeinsame Schulden kann aber nur sinnvoll sein, wenn wir von europäischer Seite auch mehr Einfluss auf die Defizite der Länder nehmen können. In verschiedenen Staaten bedeutet das einen Eingriff in die Rechte der Parlamente. Ich könnte mir auch sehr gut vorstellen, dass die EZB in Zukunft keine nationalen Schuldverschreibungen mehr aufkauft, sondern nur noch europäische. Dann wären wir auf dem gleichen Niveau wie die Amerikaner.

Draghi wusste selbst, dass das nicht stimmte, was er gesagt hat. „Whatever it takes“ hat auch seine Grenzen.

● *Der Euro war ein*
● *weiterer Schritt dahin, Krieg auf unserem Kontinent unmöglich zu machen.*

Zur Person

Der Jurist Yves Mersch ist in der Geschichte der gemeinsamen Währung einer der Männer der ersten Stunde. Er war einer der Verhandlungsführer bei den Maastrichter Verträgen. Als Gouverneur der Banque centrale du Luxembourg von 1998 bis 2012 begleitete er die Einführung des Euro im Großherzogtum. Seit seiner Gründung im Jahr 1998 war Mersch Mitglied des EZB-Rats. Von 2012 bis zu seiner Pensionierung 2020 gehörte er dem Direktorium der Europäischen Zentralbank an. *ThK*

Supermärkte in Aufregung

Von einem Tag auf den anderen im laufenden Betrieb vom luxemburgischen Franc auf den Euro umzustellen, bedeutete für den Einzelhandel zum Jahreswechsel 2001 auf 2002 eine enorme Herausforderung. „Wir hatten im Oktober 2001 gerade einen neuen Supermarkt in Bascharage eröffnet. Also genau in der Zeit, als alle sich auf den Wechsel vorbereiteten und die Aufregung überall stieg, ob und wie die Kunden den Euro annehmen würden. In dieser Phase war die Eröffnung eines Geschäfts schon sehr

sportlich“, erinnert sich Jean-Marie Reckinger, Verkaufsleiter bei der Supermarktkette Cactus heute. Schon im März 2001 habe man mit den Vorbereitungen begonnen. „Es gab dabei einige Herausforderungen. Das eine war einfach die technische Umstellung der Kassen und der Auszeichnung der Waren. Dann die Frage, wie reagieren die Kunden, kommen sie mit der Umrechnung zu recht? Es bestand damals die Angst, dass die Leute ihren Konsum dadurch nicht im Griff hätten. Deswegen wur-

den zum Beispiel als Gadget viele kleine Rechenmaschinen zur Euroumrechnung verteilt“, sagt Reckinger.

Um die Kunden an die neue Währung zu gewöhnen, habe man die Waren schon Monate im Voraus doppelt ausgezeichnet und auch Gewinnspiele in Euro veranstaltet. „Daneben gab es logistische Fragen. Wir mussten einschätzen, wie viele Münzen brauchen wir die ersten vier bis fünf Tage. Da haben wir gründlich daneben gelegen. Wir haben tonnenweise Münzen gebunkert und mussten am Ende sogar welche an die Banken zurückgeben“, erklärt Reckinger. Als die

Supermärkte dann am 2. Januar ihre Pforten öffneten, seien die Mitarbeiter nicht nervös gewesen. „Sie hatten nur ein paar zusätzliche Aufgaben. In den ersten Monaten wurden beide Währungen parallel akzeptiert; herausgegeben wurde aber nur in Euro. Das war natürlich mehr Arbeit“, sagt er. Diskussionen mit den Kunden habe es kaum gegeben, der Euro war von Anfang an akzeptiert. Bereits Ende Januar sei von der Ausnahmesituation kaum noch etwas zu spüren gewesen. Das Einkaufen mit der neuen Währung war bereits zur Normalität geworden. *ThK*

Schweizer schlucken Keytrade Bank

Swissquote will zur führenden Online-Investmentplattform werden – nicht nur in Luxemburg

Von Marco Meng

Mit Laptop und Smartphone weltweit Aktien und andere Wertpapiere kaufen oder verkaufen sowie Bankdienstleistungen nutzen – dahin geht der Weg. Swissquote Bank Europe, Luxemburgs führende Onlinebank und EU-Standbein des Schweizer Marktführers im Online-Banking, übernimmt darum den Online-Broker Keytrade Bank Luxembourg. Die Übernahme muss noch von der CSSF und der EZB genehmigt werden. Die Transaktion wird voraussichtlich im März 2022 abgeschlossen sein. Dann erhält der Finanzplatz rund um digitale Geldanlagen einen neuen „Big Player“.

„Wir werden unsere jeweiligen Stärken und Know-how bündeln, um zum führenden Anbieter von digitalen Anlagedienstleistungen in Luxemburg zu werden“, sagt dazu Dave Sparvell, CEO von Swissquote Bank Europe. Mit dieser Übernahme werde Swissquote Bank Europe „zum unangefochte-

nen regionalen Marktführer im Bereich digitales Investieren, mit der größten Produktpalette und den besten Plattformen und Preisen“, so Sparvell.

Swissquote in Luxemburg, hervorgegangen aus Internaxx (die zwischenzeitlich als TD Direct Invest firmierte), wurde als Pionierin im Bereich der Online-Investitionen gegründet und ist seit 2019 eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der in der Schweiz ansässigen Swissquote Group, die dort seit dem Jahr 2000 an der Börse notiert ist. Der führende Schweizer Anbieter von Online-Finanzdienstleistungen mit weltweit 450 000 Kunden und Kundenvermögen von umgerechnet 48 Milliarden Euro hatte Ende 2018 im Großherzogtum Internaxx Bank mit rund 12 000 Kunden und Kundenvermögen von zwei Milliarden Euro übernommen, um Zugang zu den europäischen Märkten zu erhalten.

Die bereits 22 Jahre in Luxem-

burg ansässige Keytrade Bank Luxembourg gehört seit 2016 zur französischen Crédit Mutuel Arkéa Gruppe und ist auf digitalen Wertpapierhandel und Online-Investing spezialisiert. Den Kaufpreis geben beide Seiten nicht bekannt. 2020 wies die Keytrade Bank eine Bilanzsumme von 297 Millionen Euro aus, Swissquote Bank Europe eine von 435 Millionen Euro; der Nettogewinn von Swissquote in Luxemburg betrug 3,8 Millionen Euro, der der Keytrade Bank 1,2 Millionen Euro. Zusammen haben die beiden Finanzinstitute rund 60 Mitarbeiter; das Personal außer dem Vorstand von Keytrade wird übernommen und zu Swissquote nach Kirchberg umziehen.

Internationale Expansion anvisiert

Letztes Jahr war Swissquote die erste Bank in Luxemburg – und ist bis heute die einzige –, die neben Aktienhandel, Investmentfonds, den Handel mit Differenzkontrak-

ten (CFDs), Lombardkredite sowie Devisenhandel auch Dienstleistungen für den Handel mit digitalen Vermögenswerten und das Investieren in Kryptowährungen anbietet. Der ehemalige TD- und Internaxx-Chef Sparvell dazu: „Bisher war die Mehrheit unserer Kunden außerhalb von Luxemburg ansässig. Mit der Übernahme von Keytrade Bank Luxembourg haben wir nun die Möglichkeit, die Reichweite unserer Technologieplattform zu erhöhen und unser Geschäft als einheimischer Akteur in Luxemburg voll auszubauen.“ Das soll helfen, die Expansion in der EU voranzutreiben.

Das Großherzogtum ist als Standort vor allem deswegen interessant für Swissquote, weil Luxemburg eines der wenigen Länder der Welt ist, das über eine AAA-Bewertung aller großen Rating-Agenturen verfügt, bemerkt Sparvell.

Warum Swissquote Keytrade kauft

FINANZPLATZ Umwälzungen bei Online-Brokern

Christian Muller

Während vieler Jahre wurde der Luxemburger Markt der Online-Broker von zwei Unternehmen beherrscht. Nun stehen Veränderungen an. Der größte Akteur kauft den zweitgrößten. Und man will in ganz Europa expandieren.

Online-Broker sind Unternehmen, die ihren Kunden die Möglichkeit bieten, selber über das Internet Geld zu investieren, etwa durch den Kauf von Aktien an einer Börse. Die meisten dieser Finanzdienstleister sind entstanden, als die traditionellen Banken diese digitale Dienstleistung noch nicht im Angebot hatten. Die Online-Broker füllten eine Lücke für Privatpersonen, die ihr Vermögen, ohne ausufernde Kosten, selber verwalten wollten.

Während vieler Jahre wurde der Luxemburger Markt von zwei Akteuren bestimmt. Einer von ihnen ist Internaxx (heute Swissquote). Der Online-Broker, mit Sitz auf Kirchberg, wurde im Jahre 2001 gegründet. Er ging aus einem Joint Venture zwischen der Luxemburger Fortis (heute: BGL BNP Paribas) und der kanadischen TD Waterhouse hervor. Die Kanadier brachten die Fachkenntnisse zum Online-Investieren mit, die Luxemburger das Personal und die Räumlichkeiten.

Im Laufe der Jahre hatte die TD-Bankgruppe die komplette Kontrolle übernommen. Ende 2012 erfolgte ein Re-Branding, und aus Internaxx wurde TD Direct Investing. Damit sollte die Zugehörigkeit zur kanadischen TD-Bankgruppe unterstrichen werden.

Nach einer Strategie-Änderung der Kanadier, die entschieden, den Fokus ihrer Vermögensverwaltung lieber auf Nordamerika als auf Europa zu legen, wurde die betreffende Geschäftssparte (Luxemburg und Großbritannien) verkauft. Als Käufer trat 2017 der Risikokapitalfonds Interactive Investor (JC Flowers)

in Erscheinung. Der Markenname Internaxx wurde wieder eingesetzt.

Brexit trieb Swissquote nach Luxemburg

Ein gutes Jahr später gab der Fonds dann bekannt, die betreffenden Luxemburger Aktivitäten an die Swissquote Group verkauft zu haben. Aus Internaxx wurde „Swissquote Bank Europe“. Die auf online Finanz- und Handelsdienstleistungen spezialisierte Schweizer Gesellschaft wurde 1990 von zwei Ingenieuren gegründet und gilt, eigenen Angaben zufolge, heute als Marktführer unter den Online-Brokern in der Schweiz. Das Unternehmen mit rund 1.000 Mitarbeitern ist börsennotiert. Die beiden Gründer gelten (mit je rund 12 Prozent) als wichtigste Anteilseigner.

Swissquote hatte gute Gründe für den Kauf eines Online-Brokers (mit Banklizenz) in Luxemburg. Vor dem Brexit hatte die Gesellschaft nämlich eine Niederlassung in London. Doch mit dem Brexit brauchte sie für den Zugang zum europäischen Markt eine EU-Lizenz.

Mitgebracht haben die neuen Besitzer jedoch nicht nur ihre eigene IT-Plattform, sondern auch eine komplett neue Strategie. Aus dem ehemaligen Online-Broker Internaxx, der sich auf das Anbieten von Finanzdienstleistungen für Expatriates (weltweit) spezialisiert hatte, soll nun eine Gesellschaft werden, die sich auf den europäischen Markt konzentriert. Begonnen wird in Luxemburg: Letzte Woche gab Swissquote bekannt, dass sie den Online-Broker „Keytrade Bank Luxembourg“ kaufen und integrieren werde. Die Übernahme erlaube es Swissquote, „zum unangefochtenen regionalen Marktführer im Bereich von digitalen Anlagen, mit der größten Produktpalette und den

besten Plattformen und Preisen zu werden“, so Dave Sparvell, Geschäftsführer von Swissquote in Luxemburg, gegenüber dem *Tageblatt*. „Wir standen 20 Jahre lang im Wettbewerb miteinander“, so Sparvell weiter. „Wir ergänzen uns.“

Neue Strategie: Europa im Visier

Auch Keytrade hat bereits, trotz seines ebenfalls jungen Alters, eine bewegte Geschichte. Mitte 1998 wurde die Gesellschaft als erste Online-Investmentwebsite in Belgien gegründet. Ein Jahr später folgte die Luxemburger Tochtergesellschaft Keytrade Luxembourg. Im Jahr 2007 erwarb der Crédit Agricole (Crelan) alle Aktien an der jungen Bank. Im Jahr 2016 verkaufte diese dann die Gruppe an den Crédit mutuel Arkéa (Frankreich). Swissquote hat nun jedoch nicht die ganze Unternehmensgruppe gekauft, sondern nur den Luxemburger Teil, „Keytrade Bank Luxembourg“, welcher seit 2010 über eine eigene Banklizenz verfügte.

Der neue fusionierte Online-Broker Swissquote wird insgesamt 20.000 Kunden zählen. Rund 12.000 von Swissquote und 8.000 von Keytrade. Auch das Volumen des Kundenvermögens wird deutlich steigen. Aktuell zählt Swissquote drei Milliarden Euro „Assets under Management“, bei Keytrade sind es 1,7 Milliarden. Dass es nach dem Zusammenschluss keinen Wettbewerb mehr geben würde, lässt Dave Sparvell nicht gelten. Er erwähnt die „High-Street-Banken“ und paneuropäischen Player, die mittlerweile ebenfalls in dem Markt aktiv sind. Der gebürtige Brite arbeitet seit 12 Jahren bei dem Luxemburger Unternehmen, seit 2015 leitet er es. Zuvor war er bei TD Bank in Großbritannien tätig.

Die 15 Mitarbeiter von Keytrade Luxembourg (nicht jedoch das

Management) werden von Swissquote übernommen werden. „So behalten die Kunden die Berater, die sie kennen“, so Dave Sparvell. Von ihrem Hauptquartier in Kirchberg aus werden sie mit-helfen, den europäischen Markt zu erobern. Swissquote ist vor kurzem umgezogen in größere Räumlichkeiten im neuen, gro-ßen Gebäude der BGL BNP Pa-ribas auf Kirchberg (gegenüber vom Krankenhaus). Zuvor hatte die Gesellschaft während vie-ler Jahre ihren Sitz gegenüber Auchan. Bei Swissquote in Lu-xemburg arbeiten rund 50 Mit-arbeiter.

Pandemie hat Geschäft angetrieben

Die Pandemie-Situation hat dem Geschäft des Online-Brokers der- weil nicht geschadet. Im Gegen- teil: „Mit der Pandemie gab es eine regelrechte Explosion im Online-Handel“, so Sparvell. Im Monat März 2020 habe bei- spielsweise das Handelsvolumen drei bis viermal höher gelegen als zuvor. „Und auch 2021 war

immer noch ein sehr gutes Jahr.“ Die Zahl der Kunden habe zu- gelegt, und der einzelne Kunde habe im Schnitt mehr gehandelt.

Swissquote dürfte bisher sehr zufrieden mit der Rendite sein, sagte er. Nach einigen schwie- rigeren Jahren habe man in den letzten drei bis vier Jahren einen „guten Gewinn“ erwirtschaftet. 2020 waren es 4,5 Millionen Euro.

Auf die Mitarbeiter wartet nun Arbeit. In Luxemburg ist man nun zwar die unangefochtene Nummer eins der Online-Broker, europaweit gibt es jedoch noch viel Wachstumspotential. Bei den bestehenden Kunden ist Swissquote, geschichtlich be- dingt, neben Luxemburgern (10 Prozent der Kunden), be- sonders auch in Großbritannien und bei Expatriates im Mittleren Osten, etwa in den Vereinigten Arabischen Emiraten, gut auf- gestellt. In Märkten wie Belgien, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden stärkt man die Positionierung durch die Über- nahme.

Die Bank will derweil weiter innovieren. Zuletzt hatte sie auch den Handel mit über 25 Krypto-

währungen in ihr Portfolio von angebotenen Dienstleistungen aufgenommen. „Wir sind die einzige Luxemburger Bank, die Handel mit Kryptowährungen anbietet“, so Sparvell. Etwa 20 Prozent der Kunden hätten es auch bereits ausprobiert. Als wei- tere Neuerung ist mittelfristig das Anbieten einer Kreditkarte für die Privatkunden geplant. Zudem will man in das Ge- schäft mit Unternehmenskunden einsteigen. Der Finanzplatz Luxemburg, mit all den Invest- mentfonds, die hier vertreten sind, sei ein ideales Umfeld. Da- durch erwarte man einen weite- ren steilen Anstieg der „Assets under management“. „Wir mögen Luxemburg, es hat einen guten Ruf, Stabilität und AAA-Rating.“

Vorerst jedoch muss Swissquo- te auf grünes Licht von den Auf- sichtsbehörden (EZB und CSSF) warten. Das wird bis Ende März erhofft. Sobald die Genehmigung vorliegt, werden die beiden Ein- heiten dann unter dem Swiss- quote-Banner fusionieren und die Kunden von Keytrade Lu- xembourg werden zur Swissquo- te-Plattform migrieren.

Rekordjahr für Investmentfonds

Luxemburg. Zum 31. Dezember 2021 hat das Nettovermögen der luxemburgischen Investmentfonds ein Allzeithoch von 5,9 Billionen Euro erreicht. Dies entspricht einem Plus von 17,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das teilte

der Verband der Luxemburger Fondsindustrie, Alfi, am Freitag mit. Privatanleger und institutionelle Investoren haben demnach Rekordsummen in fast alle Anlageklassen investiert. Mit Nettomittelzuflüssen von 394 Milliarden Euro in den letzten zwölf Monaten und 491 Milliarden Euro aufgrund der Marktbewertung belief

sich die organische Wachstumsrate aufgrund von Nettozeichnungen auf 7,9 Prozent, während der Einfluss der Märkte 9,9 Prozent des Vermögenszuwachses ausmachte. Demnach haben die Anleger mit mehr als 30 Milliarden Euro Nettozeichnungen pro Monat mehr Geld denn je in luxemburgische Investmentfonds investiert. *mab*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Elektroautos haben ihren Marktanteil erneut verdoppelt

AUTOMOBIL Blick auf ein insgesamt schwieriges Jahr 2021

Christian Muller

Es sind schwierige Zeiten für Autohändler. Nachdem ihr Absatz 2020 coronabedingt heftig eingebrochen war, gingen die Verkaufszahlen im Jahr 2021 überraschenderweise noch weiter zurück. Praktisch verdoppelt haben sich jedoch die Verkäufe von Elektroautos. In den meisten Jahren wächst in Luxemburg die Zahl der verkauften Autos. Seit 1999 werden hierzulande jährlich mehr als 40.000 Stück verkauft. Seit 2004 sind es mehr als 45.000 pro Jahr. Ab 2016 mehr als 50.000. Ein absolut historischer Rekord wurde 2019, mit 55.008 neu zugelassenen Autos, erreicht. Doch dann kam Corona.

Im Jahr 2020 war es nicht gut gelaufen für die Branche. Ende Dezember 2020 standen nur 45.189 verkaufte Autos in den Büchern, ein Rückgang von saten 17,9 Prozent (oder 9.819 Autos), verglichen mit dem Vorjahr. Nach einem guten Jahresbeginn hatten die Autoverkäufer in den Monaten März, April und Mai mit dem Corona-Lockdown einen historischen Einbruch der Verkaufszahlen verbucht. In den Folgemonaten legten die Zahlen dann wieder zu, jedoch nicht genug, um den Einbruch der ersten Jahreshälfte wieder wettmachen zu können.

Wer nun jedoch erwartet hat, dass sich die Zahlen im Jahr 2021 wieder erholen werden, hat sich getäuscht, wie neue Zahlen von Statec zeigen. Ein weiterer Rückgang von 1,8 Prozent (oder 817 Stück) auf 44.372 Autos. Das letzte Jahr, in dem hierzulande weniger Autos verkauft wurden, war 2003.

Der Automobilmarkt
in der Krise

Der Grund für die rückläufigen Verkäufe scheint derweil nicht bei den potenziellen Käufern zu liegen. „Die Automobilmärkte befinden sich in einer außergewöhnlichen Krise“, hatte der Branchenverband House of Automobile zum Ende des Monats Oktober in einer Pressemeldung geschrieben. Vor allem der Mangel an Komponenten im Allgemeinen und an Mikroprozessoren im Besonderen wirke sich dramatisch auf die Produktion von Neuwagen aus. „Obwohl der Mangel an Mikroprozessoren nicht auf die Automobilindustrie zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf eine Reihe konvergierender Faktoren (Umstellung der Produktion auf Unterhaltungselektronik, Großbrand in der größten Produktionsstätte der Welt, Mangel an logistischen Mitteln zur Beförderung von Rohstoffen infolge von Covid usw.), leidet unsere Branche derzeit darunter“, so der Verband.

„Während sich die Auswirkungen zu Beginn der Verknappung hauptsächlich auf bestimmte Sonderausstattungen beschränkten, sind nun auch wesentliche Bestandteile der Produktion einer großen Anzahl von Autos fast aller Marken betroffen“, ist in der Mitteilung weiter zu lesen. Die Realität sehe derzeit so aus, dass die Auswirkungen dieser Verknappung je nach Marke und Modell unterschiedlich sind. „Das Ergebnis ist, dass die Produktionslinien der Hersteller teilweise stillstehen und die Autos nicht mehr innerhalb der normalen Fristen produzieren können. Infolgedessen können die ursprünglich den Kunden mitgeteilten Liefertermine nicht mehr eingehalten werden und werden in einigen Fällen um mehrere Monate überschritten.“

Wie es im laufenden Jahr weitergeht, steht noch in den Sternen. Es bestehe die Gefahr, dass sich diese Situation bis 2022 fortsetzt, schrieb der Verband damals im Oktober. Eine Reihe Experten glaubt, aktuell eine leichte Entspannung in der Chipversorgung zu erkennen.

Elektrofahrzeuge
auf Siegeszug

Trotz des Rückgangs bei den Neuzulassungen insgesamt sind Zahl und Anteil der neu verkauften Elektroautos auch 2021 weiter stark gestiegen. Insgesamt 4.649 Elektroautos wurden 2021 hierzulande neu zugelassen. Fast doppelt so viele wie im Jahr 2020 (2.473 Elektroautos). Im Gesamtjahr 2019 waren nur 986 Elektroautos neu hinzugekommen.

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit wurden letztes Jahr beim Verkauf von Elektroautos zudem neue Rekorde verbucht: Im Dezember wurden 693 Elektroautos neu zugelassen – so viele wie niemals zuvor in einem Monat. Sie standen für 21,44 Prozent aller Autoverkäufe in dem Monat, ebenfalls ein neuer Rekord. Erstmals wurden so im Dezember in einem Monat mehr Elektro- als Diesel-Autos (21,01 Prozent der Verkäufe) neu angemeldet.

Auch im Jahresvergleich sind die Wachstumsraten beachtlich. Der Anteil der Elektroautos an den Neuzulassungen ist deutlich gestiegen. Im Gesamtjahr 2021 lag er bei 10,5 Prozent. 2020 waren es noch 5,5 Prozent gewesen – nach mageren 1,8 Prozent im Jahr 2019.

Rechnet man Fahrzeuge mit hybriden Antriebsarten hinzu, dann sind die Zahlen noch beeindruckender und steigen auf fast 37 Prozent aller Neuzulassungen.

Vor einem Jahr lag der Anteil erst bei 19,8 Prozent – vor zwei Jahren bei 7,8 Prozent.

Der Anteil der reinen Diesel-Autos unter den Neuzulassungen ist derweil weiter deutlich gefallen, von 36,8 im Vorjahr auf 25,4 Prozent im Jahr 2021. Auch der Anteil der Benziner unter den Neuzulassungen ist von 43,4 auf

38,2 Prozent weiter rückläufig.

Trotz dieser beachtlichen Wachstumszahlen stehen die Elektroautos bisher für einen geringen Anteil an der Automobiflotte des Landes. Von den insgesamt 433.183 Wagen, die zu Beginn des Jahres 2021 hierzulande angemeldet waren, standen sie lediglich für 1,03 Prozent

aller Autos. Rechnet man hybride Fahrzeuge (Benzin/Strom) hinzu, dann werden die Zahlen etwas sichtbarer: insgesamt 2,74 Prozent vom Auto-Fuhrpark der Luxemburger. Mit den Veränderungen bei den Neuzulassungen wird aber klar, dass sich auch diese Anteile in den kommenden Jahren deutlich verschieben werden.

Flughafen Findel erwartet 2024 Vor-Corona-Niveau

Bei der Passagierzahl hat Luxemburgs Airport aufgeholt. Bei der Fracht steigert er sein Ergebnis. Doch ein Aufschwung fehlt.

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG Der erfolgsverwöhnte Luxemburger Flughafen Findel hat es schwer, das Passagieraufkommen von Vor-Pandemie-Zeiten zu erreichen, war 2019 doch mit 4,4 Millionen Fluggästen das bisher beste Jahr in der Geschichte des Flughafens. Doch dann kam Corona – und damit Lockdowns, Einschränkungen und ein Stillstand auf Luxemburgs Airport. Im ersten Pandemiejahr 2020 wurden dann nur noch 1,4 Millionen Passagiere gezählt – wie zuletzt im Jahr 2003. Der Rückgang um 68 Prozent hat den Flughafen arg gebeutelt. Und auch im vergangenen Jahr kann der Flughafenbetreiber Lux-Airport noch nicht von einem Aufschwung sprechen. So wurden zwar immerhin 2,01 Millionen Passagiere gezählt. Das sind 41 Prozent mehr als 2020, allerdings waren das immer noch 54 Prozent weniger als im Jahr vor Corona, meldet die Betreibergesellschaft.

Der Haken: Die Nachfrage nach Flügen ab Luxemburg sei weiterhin stark durch Pandemiemaßnahmen

und Privatreiseverkehr geprägt, begründet der Lux-Airport. Dies habe zu hohen Spitzen-Nachfragen an einzelnen Tagen, im Vergleich zu sehr geringem Passagieraufkommen an anderen Tagen, etwa außerhalb von Urlaubsperioden, geführt.

Und auch für die nächste Zukunft rechnet man am Flughafen Findel noch nicht mit dem schnellen Erreichen des Vorkrisenniveaus, eher mit nur leichten Verbesserungen. So prognostiziert Lux-Airport, dass auch die weiteren Jahre von der Pandemie geprägt sein werden. Eine Erholung auf das Niveau vor der Krise werde frühestens für 2024 erwartet, hieß es. So verzeichnet etwa die luxemburgische Fluggesellschaft Luxair bereits für den Januar aufgrund der sich ausbreitenden Omikron-Variante des Coronavirus einen Rückgang bei den Buchungen. So sind laut Luxair-Chef Gilles Feith derzeit immer noch zwischen 200 und 300 von insgesamt 2900 Beschäftigten der Fluggesellschaft von Kurzarbeit betroffen.

Dennoch will man vom Großher-

zogtum den Anschluss an die Welt nicht verlieren. So sind im vergangenen Jahr insgesamt 110 Ziele angefliegen worden, darunter auch neue Ziele wie Dubai, das Ostseestrandbad Rostock Laage und den Scandinavian Mountain Airport Sälen in Schweden. Auch 2022 will die luxemburgische Fluggesellschaft ihr Streckennetz weiter ausbauen.

Lichtblick auf dem Findel ist derzeit das Frachtgeschäft. So hat sich das Cargo-Volumen 2021 um 19 Prozent im Vorjahresvergleich auf 1,125 Millionen Tonnen erhöht. Damit hat der Airport das erste Mal in seiner Geschichte ein Volumen von über einer Millionen Tonnen umgeschlagener Fracht erreicht, hieß es. Bereits im ersten Corona-Jahr 2020 war das Frachtvolumen um sechs Prozent gewachsen. Hintergrund dafür sind die Herausforderungen der globalen Logistik-Ketten kombiniert mit dem geringem Angebot an Kapazitäten auf Langstrecken-Passagierflügen und der erhöhten Nachfrage nach Vollfrachtflügen.

Neues Parkhaus in Echternach wird 2023 fertig

ECHTERNACH (tgbl) Wo sich der alte Busbahnhof sowie die angrenzenden Parkplätze befanden, laufen zurzeit die Bauarbeiten für einen neuen Campus auf Hochtouren. Neben einem Schulgebäude für 300 Kinder und einer „Maison relais“ befinden sich auch die Räumlichkeiten für die „éducation différenciée“

im Bau.

Daneben werden die Sporthalle für das örtliche Gymnasium und jene für die Vereine errichtet. Die bestehenden Sportkomplexe werden nach und nach abgerissen. Die knapp 250 Parkplätze entlang des Fahrradweges mussten dem Bauprojekt ebenfalls weichen. Ersatz-

parkflächen für rund 230 Autos soll es nun in einem überdachten Parkhaus geben. In der letzten Gemeinderatssitzung haben die Gemeindevorstandlichen einstimmig ein detailliertes Vorprojekt angenommen, das den Bau eines neuen Parkhauses über vier Stockwerke vorsieht.

Für den Bau des Parkhauses hat die Gemeinde bereits 14,2 Millionen Euro im Budget vorgesehen.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Trierer Uni-Präsident bleibt an Spitze der UniGR

CAMPUS Zum Verbund gehört auch die Uni Luxemburg

Sabine Schwadorf,
Trierischer Volksfreund

Zum zweiten Mal und dabei einstimmig ist der Präsident der Universität Trier, Professor Michael Jäckel, zum Präsidenten der Universität der Großregion (UniGR) gewählt worden. Dabei ist die UniGR seit 2015 als Verbund der Universitäten Kaiserslautern, Lüttich, Lothringen, Luxemburg, des Saarlandes und Trier und der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar) tätig.

Die Zusammenarbeit der inzwischen sieben Hochschul- und Forschungseinrichtungen der Großregion wurde bereits vor 13 Jahren 2008 im Rahmen eines EU-Projekts gestartet. Inzwischen gibt es eine gemeinsame Koordination der Zusammenarbeit.

„Der europäische Gedanke hat viele Universitätsgründungen der Vergangenheit begleitet und/oder inspiriert, so auch im Jahr 1970 während der Wiedergründung der Universität Trier. Als vor 13 Jahren die Konturen einer ‚Universität der Großregion‘ skizziert wurden, musste Trier in diesem

Verbund mit Frankreich, Luxemburg und Belgien also selbstverständlich dabei sein“, sagt Professor Jäckel. Deshalb freue er sich auf sein Mandat, das er nun bis 2023 innehat.

Einstimmiger Beschluss

Der UniGR-Rat, der sich aus den Präsidenten und Rektoren der sechs Partneruniversitäten zusammensetzt, hat Jäckel in einer virtuellen Sitzung einstimmig gewählt. Er löst damit Professor Manfred Schmitt, Präsident der Universität des Saarlandes und UniGR-Präsident seit 2019, an der Spitze des Verbunds ab. „So, wie kontinuierlich an dem ‚Haus Europa‘ gebaut werden muss, so kann sich auch die akademische Welt nicht in ein gemachtes Bett legen. In diesem Sinne werden wir uns Schritt für Schritt gemeinsam weiterentwickeln“, sagt der Trierer Uni-Chef anlässlich seiner Wahl.

Gemeinsam mit Jäckel bildet Professor Stéphane Pallage von der Universität Luxem-

burg das neue Führungsduo. Auch er wurde einstimmig wieder gewählt. Für ihn ist die UniGR vorbildhaft in Europa: „In den

fast 13 Jahren ihres Bestehens hat die Universität der Großregion die Vitalität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in dieser Region, die eine der Wiegen des modernen Europas ist, unter Beweis stellen können“, sagt er.

Projekte der Zukunft sind die Weiterentwicklung des Hochschulverbunds UniGR sowie die Möglichkeiten künftiger gemeinsamer Kooperationsbereiche.

Dabei arbeitet der UniGR-Rat eng mit den beratenden Gremien wie dem Politischen Beirat und dem Studierenden- und Promovierendenbeirat zusammen.

1,7 Milliarden für die Forschung

Hochschulminister Claude Meisch stellt Mehrjahresplan vor

Von Annette Welsch

Für die vier Jahre 2022-2025 lässt sich der Staat die Forschungsaktivitäten in Luxemburg 1,7 Milliarden Euro kosten. Gestern unterzeichnete Hochschul- und Forschungsminister Claude Meisch (DP) mit den Vertretern der verschiedenen Institutionen entsprechende Konventionen. Um 17,6 Prozent steigen die Ausgaben dafür im Vergleich zum Zeitraum 2018-2021, fünf Institutionen erhalten Forschungsgelder: die Universität Luxemburg (908,28 Millionen Euro), die drei öffentlichen Forschungszentren Luxembourg Institute of Health (LIH, 182,54 Millionen), Luxembourg Institute of Science and Technology (List, 219,41 Millionen) und Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (Liser, 62,08 Millionen)

sowie der Fonds National de la Recherche (FNR, 294,03 Millionen Euro). Dazu gibt es die Möglichkeit, vom Bonus in Höhe von 35 Millionen Euro zu profitieren, der entsprechend den Leistungskriterien des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung verteilt wird.

„Die Forschung wirkt sich auf die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Zukunft des Landes aus“, betonte Meisch. „Die signifikante Erhöhung ist Ausdruck der Ambitionen der Regierung, die Exzellenz der akademischen Forschung und Lehre zu fördern und einen internationalen Beitrag dort zu leisten, wo wir uns nicht immer nur auf andere Länder verlassen können. Wir müssen selber auf die Herausforderungen reagieren können.“

Vier gemeinsame Aufgabengebiete

Die inhaltliche Ausrichtung orientiert sich denn auch an der nationalen Strategie von 2019 zu Innovation und Forschung. Man habe mit den Bereichen Digitalisierung und Daten, nachhaltige Entwicklung und Energie sowie Medizin und Gesundheit Schwerpunkte definiert. Und es wurden vier gemeinsame Aufgabengebiete definiert, bei denen Projekte zusammen lanciert und umgesetzt werden sollen: Die Informatisierung/Digitalisierung der personalisierten Medizin, die weitere Entwicklung der FinTech, Bildung, Weiterbildung und die Kompetenzen des 21. Jahrhunderts sowie die Herausforderungen beim Klima- und Energiewandel.

Neben der Finanzierung mit staatlichen Mitteln werde aber

auch Wert darauf gelegt, dass zusätzliche Mittel vom FNR, der EU oder aus der Privatwirtschaft gesucht werden – so genannte Drittmittel. Dazu kommt die Verwendung der Reserven, die sich unter anderem durch die Pandemie akkumuliert haben. Nach vier Jahre werden die Institute nach wissenschaftlichen und sozio-ökonomischen Kriterien, die neu definiert wurden, bewertet.

„Luxemburg muss dazu auch international visibel sein und attraktiv für Forscher bleiben“, sagte Meisch. Derzeit sei das durchaus der Fall. „Wir sind durch die Bank zufrieden, vor allem mit der Kapazität, Top-Forscher anziehen zu können.“ 3 000 Forscher sind derzeit in Luxemburg tätig, allein die Universität zählt ungefähr 1 000 Doktoranden. 580 zusätzliche Arbeitsplätze können nun durch die neuen Konventionen geschaffen werden.

Nachgezählt

Forschungsland Luxemburg

*In den kommenden
vier Jahren wird im
Großherzogtum noch mehr
in die Forschung investiert.
Mit fünf Institutionen wurden
Konventionen unterzeichnet.*

1,7

Milliarden Euro lässt sich der Staat die
Forschungsaktivitäten von 2022 bis 2025
kosten.

908,28

Millionen Euro werden der Universität
Luxemburg zur Verfügung gestellt.

294,03

Millionen kommen dem Fonds National
de la Recherche (FNR) zugute.

182,54

Millionen gehen an das Luxembourg
Institute of Health (LIH).

219,41

Millionen bekommt das Luxembourg
Institute of Science and Technology (List).

62,08

Millionen erhält das Luxembourg Institute
of Socio-Economic Research (Liser).

3000

Forscher sind in Luxemburg tätig.

Quelle: Hochschul- und Forschungsministerium

Einmal ins Weltall und zurück

Mit dem Planetarium ist das Science Center um eine Attraktion reicher – es gibt aber schon weitere Pläne

Von Glenn Schwaller

Differdingen. Von außen ist nur eine große weiße Kuppel zu erkennen, die bis fast unter die Decke des Raumes ragt. Beim Betreten der ungewöhnlichen Struktur ereilt den Besucher jedoch das Gefühl, als würde er in eine andere Welt eintreten. Das tut er gewissermaßen auch. Im Innern der Kuppel befindet sich nämlich das erste und somit einzige Planetarium Luxemburgs. Eine digitale Reise zu weit entfernten Planeten oder zu vergangenen Zeitepochen in der Geschichte des Universums, all dies ist mit der modernen Anlage kein Problem.

Mehrere Vorführungen rund um das Weltall werden demnach angeboten. Die Dauer der einzelnen Vorstellungen beträgt jeweils eine Stunde, wie der für das Planetarium zuständige Projektleiter Julien Meyer erklärt.

Sitzbänke nach wissenschaftlichem Standard

Die Zuschauer können die Vorführungen dabei aus einer bequemen Liegeposition heraus verfolgen. Einen Winkel von genau 45 Grad weisen die entsprechenden, in Kreisform angeordneten Liegebänke im Innern der Kuppel auf. Das ist keineswegs Zufall. Dieser Winkel wurde nämlich von der NASA berechnet. In dieser Sitzposition muss nur ein Minimum an Muskelkraft aufgebracht werden, um die Liegestellung halten zu können, wie Meyer, seines Zeichens gelernter Mathematiker, weiter erklärt. Die Sitzbänke entsprechen also wissenschaftlichen Standards und fügen sich somit bestens in ihre Umgebung ein. Befinden tut sich das Planetarium nämlich im Luxembourg Science Center in Differdingen. Wie der Name bereits ankündigt, dreht sich hier alles um die Wissenschaft.

Ob Mathematik, Chemie oder Physik, für jeden Besucher ist was dabei. Zielsetzung der Einrichtung

ist derweil nicht, reine theoretische Erklärungen zu geben, sondern Wissenschaft erlebbar und vor allem verständlich zu machen, wie es der Gründer und Direktor des Science Center, Nicolas Didier, im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ formuliert. Vor allem im Schulunterricht sei vieles abstrakt und nicht anfassbar, im Science Center hingegen schon. Hier steht die Praxis im Fokus.

Das Angebot richtet sich also primär an Schulklassen. In diesem Zusammenhang spiele die Orientierung des Nachwuchses eine wichtige Rolle. Schüler können hier in Kontakt mit der Wissenschaft kommen und möglicherweise Gefallen an Themen finden, den sie im reinen Schulunterricht nicht finden würden, fährt Didier fort.

Doch auch die Reorientierung von Menschen, die bereits berufstätig sind, sich aber nach neuen Themenbereichen sowie möglichen Arbeitsfeldern umschauchen möchten, nimmt im Konzept der Einrichtung eine nicht zu unterschätzende Rolle ein.

Um ein entsprechend breites Angebot an Wissenschaftsfeldern abdecken zu können, zählt das Luxembourg Science Center aktuell etwas mehr als 80 Experimentierstationen auf einer Ausstellungsfläche von insgesamt 4300 Quadratmetern. Zusätzlich zu den Experimentierstationen werden 20 wissenschaftliche Shows angeboten. Die meisten davon in eigens dafür eingerichteten Vorführungsräumen. Dazu zählen neben eher klassischeren Mathematik- oder Chemiezeimmern auch ein Tonstudio oder eine Küche, in welcher mit Geschmäckern experimentiert werden kann.

Planetarium als neueste Errungenschaft

Das Angebot wird jedoch ständig erweitert. „Jedes Mal, wenn ich durch den Ausstellungsraum streife, kommt es mir vor, als sei wie-

der eine neue Station hinzugekommen“, scherzt etwa Dany Fernandes, der beim Science Center für das Marketing verantwortlich ist.

Im Rahmen dieser regelmäßigen Erweiterung des Angebotes stellt das Planetarium die neueste Errungenschaft dar. Die Anlage, die durch das europäische Programm Feder zur Unterstützung von Forschung und Innovation kofinanziert wurde, ist hierzulande einzigartig. Mit einem Durchmesser von sechs Metern fällt die Anlage zwar vergleichsweise eher klein aus, ein größeres Modell wäre jedoch aufgrund der begrenzten Fläche im Ausstellungsraum nicht umsetzbar gewesen.

Ausgestattet ist das Planetarium im Innern mit einem Projektor, der 360-Grad-Bilder auf die Oberfläche der Kuppel zeichnet. Die gesamte Vorführung kann Julien Meyer dabei von einem Tabletcomputer aus steuern. Näher an einen Planeten ranzoomen, in der Zeitgeschichte des Weltalles reisen oder ein Sternzeichen aufzeigen, all dies lässt sich problemlos vom Tablet aus einstellen. Das Prinzip der Vorführung lautet demnach: Interaktivität. Tauchen Fragen unter den Zuschauern auf, wird die Präsentation angepasst, ebenso wie diese insgesamt auf das jeweilige Publikum zugeschnitten wird, so Meyer.

Die Vorführungen im Ende Dezember eröffneten Planetarium beschränken sich aktuell noch auf den Themenschwerpunkt rund um Planeten. In Zukunft sollen aber weitere Themenwelten hinzukommen, beispielsweise Sterne und Kosmologie, wie der Projektleiter weiter erklärt.

Der Krise gut getrotzt, der Blick bereits in die Zukunft gerichtet

Die ständige Erweiterung des Angebotes führt jedoch dazu, dass in Zukunft Platzmangel am bisherigen Standort nahe dem Differdinger Stadtzentrum herrschen dürf-

te. Daher bestehen bereits konkrete Pläne, in die ehemalige Gaszentrale, die sich ebenfalls in der Südgemeinde befindet, umzuziehen, wo deutlich mehr Raum zur Verfügung stünde. Dort könnten dann auch die ehemaligen Gasmotoren der Zentrale in das Konzept des Science Center integriert werden, wie Didier mit Blick auf die Zukunft erklärt.

Der aktuelle Ausstellungsraum, der 2017 seine Türen für Besucher öffnete, stellt somit nur die erste Phase des Vorhabens dar. „Hier geht es darum, das Konzept aufzubauen, weiterzuentwickeln und zu testen“, erläutert der Gründer. Da sich das Konzept bewährt hat, steht mit Phase zwei dann der Umzug an einen größeren Standort bevor. Ein entsprechender Gesetzestext, der diesen Weg bereiten soll, soll noch in diesem Jahr hinterlegt werden, so Didier.

Die Pläne zur Erweiterung in Zeiten der anhaltenden Corona-Krise dürfte einige überraschen, doch konnten die Folgen der Pandemie im Science Center inzwischen gut überwunden werden. So brach der Besuch von Schulklassen zwar zwischenzeitlich um 68 Prozent ein, im Jahr 2021 konnte jedoch bereits ein neuer Besucherrekord eingefahren werden. Ein Zuwachs der Gästezahlen von 45 Prozent gegenüber 2019, dem letzten Vorkrisenjahr, konnte demnach erreicht werden. Das Interesse an der Wissenschaft scheint also reichlich vorhanden zu sein, ganz zu Freuden der Verantwortlichen im Science Center.

● Ziel des Science Center ist es, Wissenschaft verständlich zu machen.

Nicolas Didier



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Mit einem blauen Auge

Die Betreiberin des Camping Gritt in Ingeldorf blickt mit gemischten Gefühlen auf das Hochwasser zurück

Von Marc Hoscheid

Ingeldorf. Wo vor sechs Monaten in Ingeldorf in der Gemeinde Erpeldingen/Sauer noch das Wasser stand, ist mittlerweile wieder der Campingplatz Gritt zu sehen. Ein halbes Jahr nach dem Hochwasser zeigt sich Betreiberin Ineke Hooegeveen erleichtert, dass es nicht schlimmer gekommen ist. Trotzdem hat es finanzielle Einbußen gegeben und die Angst vor erneuten Überschwemmungen bleibt.

„Es hat zwischen drei und vier Wochen gedauert, bis die Touristen zurückgekommen sind, weil viele immer noch Angst hatten, dass es erneut zu Überschwemmungen kommen könnte“, beschreibt Hooegeveen die erste Zeit nach der Flut. Einige Gäste seien etwas später zurückgekommen, um sich einen Eindruck von der Situation zu machen, andere hin-

gegen nicht.

Wirtschaftlicher Schaden in Höhe von 20 000 bis 30 000 Euro

Auch wenn das Verwaltungsgebäude nicht von der Flut betroffen war, habe sich der wirtschaftliche Schaden auf 20 000 bis 30 000 Euro belaufen. Ein in Aussicht gestelltes Gesetz sei nämlich nie in der Chamber verabschiedet worden und es werde auch leider nicht mehr darüber diskutiert. Man habe allerdings einen Ausgleich für die Personalkosten erhalten.

Aktuell sei die Situation angespannt, denn die Jahre 2020 und 2021 seien schwierig gewesen, sowohl weil das Wetter generell nicht so gut war, aufgrund der Corona-Pandemie als auch wegen der Flut. „Wir hoffen einfach, dass es dieses Jahr eine normale Touris-

mussaison gibt“, so Hooegeveen. Trotzdem sei man froh, nicht so schlimm erwischt worden zu sein wie Campingplätze in anderen Regionen des Landes respektive in Belgien oder Deutschland.

So seien beispielsweise keine Wohnwagen weggespült worden. Aktuell sei man dabei, die nächste Saison vorzubereiten. Hauptgrund sei gewesen, dass das Gelände frühzeitig evakuiert wurde. So wurden die Camper frühzeitig aufgefordert, ihre Stellplätze zu räumen. Dabei habe es teilweise einiges an Überzeugungsarbeit gebraucht, weil nicht jeder Tourist an eine Flut geglaubt habe. Zukünftig soll eine App die Benachrichtigung der Gäste vereinfachen.

Das Hochwasser in der vergangenen Woche habe indes negative Erinnerungen an das vergangene Jahr wieder hochkommen lassen. „Das Wasser stand gerade an der Grenze zum Campingplatz und ich weiß aus Erfahrung, wie schnell es gehen kann. Eine Hilfe stelle hier eine spezielle App des Campingverbands Camprilux dar, die vor Hochwasser warnt.“

Neben den negativen Ereignissen bleibe aber vor allem die enorme Solidarität in Erinnerung. So haben die lokalen Bauern dabei ge-

holfen, die feststeckenden Wohnwagen aus dem Matsch zu befreien. Die Gemeinde organisierte zudem am Tag danach ein Grillgelage auf dem Campinggelände.

Café und Restaurant leben von den Touristen

Den Camping Gritt führt Ineke Hooegeveen mittlerweile seit 2016, sie hat aber bereits in den 1990er-Jahren dort gearbeitet und Überschwemmungen erlebt, allerdings nur im Winter und nicht im Sommer, wenn sämtliche Plätze belegt waren.

Auch wenn der Campingplatz am Ufer der Sauer in Ingeldorf noch über ein Café und ein Restaurant verfügt, die ebenfalls für Gäste von außerhalb zugänglich sind, stehe und falle das gesamte Konzept letztlich mit den Touristen. Die einheimischen Gäste kämen nämlich vornehmlich aus der direkten Umgebung, was einfach nicht ausreiche.

Um Petrus zukünftig etwas milder zu stimmen, habe man in den neuen Verträgen mit den Campinggästen die Hoffnung auf gutes Wetter festgeschrieben. Bei himmlischer Vertragstreue dürfte einer erfolgreichen Campingsaison 2022 demnach also nichts mehr im Wege stehen.

Noch ist nichts passiert

Straßenschäden in der Viandener Rue du Vieux Marché warten noch darauf, repariert zu werden

Von Nico Muller

Vianden. Auch Vianden blieb in vergangenen Juli nicht von schweren Schäden verschont. So wurde unweit der Brücke in der Ortsmitte das Mauerwerk entlang der Our auf einer Länge von rund 20 Metern weggerissen, was in die oberhalb verlaufende Nationalstraße in Richtung Stolzenburg ein großes Loch riss und den Verkehrsweg unpassierbar machte.

Da ebenfalls der Felsen unterhalb des Hockelsturm – auf gleicher Höhe wie die Straßenschäden – unsicher schien, weil man Risse entdeckte, hatte man es an dieser Stelle von einem Tag auf den anderen mit gleich zwei schwierigen Baustellen zu tun. Doch obwohl bereits sechs Monate vergangen sind, ist vor Ort noch nichts Konkretes passiert. Das ist einerseits gut, denn der Felsen blieb ruhig, andererseits

auch nicht, weil es bedeutet, dass sich Autos, Busse und Lastwagen auf der Umleitung durch mehrere enge Gassen quetschen müssen.

Dass an der Straße noch keine Reparaturarbeiten durchgeführt wurden, ist vor allem auf den Umstand zurückzuführen, dass zuerst analysiert werden musste, wie der Felsen, der der Gemeinde Vianden gehört, aber seit 1938 auch als nationales Monument klassiert ist, gesichert werden soll. Wie Kevin Pereira, Erster Schöffe der Gemeinde, auf Nachfrage mitteilt, sei das Centre d'études et d'expertise sur les risques, l'environnement, la mobilité et l'aménagement établissement public (Cerema), das dem französischen Staat untersteht, am 14. September vor Ort gewesen, um die Stabilität des Felsens zu untersuchen und Maßnahmen gegen das Risiko eines Felsrutsches zu emp-

fehlen. Felsbrocken könnten nämlich nicht nur auf die Straße, sondern auch auf das Dach und die Terrasse eines Restaurants fallen.

Das Cerema dokumentiert in seinem Gutachten vom 2. November 2021, dass eine Überwachung des Felsens allein mittelfristig keine zufriedenstellende Schutzmaßnahme darstellen kann. Sie schätzt, dass im Falle eines Erdbebens eine Masse von 616 bis 726 Kubikmetern abbrechen könnte. Das wäre in etwa so viel wie 60 bis 70 Lastwagenladungen. Sie empfiehlt deshalb eine Verstärkung des Kompartiments mit neun Ankern mit einem Durchmesser von 63 Millimetern und einer Länge von bis zu 14 Metern.

Inzwischen liegt der Gemeinde ein entsprechender Kostenschlag seitens des Unternehmens Voltige Benelux, einer Firma, die auf Höhenarbeit spezialisiert ist, über 86 625 Euro vor, um die empfohlenen Stabilisierungsarbeiten durchzuführen. Im Gemeindehaushalt 2022 wurden 100 000 Euro hierfür bereitgestellt. Die Kosten

müssen nämlich von der Gemeinde getragen werden, da sie ja Besitzer der betroffenen Parzelle ist.

Ende der Arbeiten bis zum Sommer

Wie Kevin Pereira betont, koordinierten die Ponts et Chaussées die Baustelle, die die Fellsicherung und die Erneuerung der Rue du Vieux Marché begreift. Bevor die Arbeiten an der Straße durchgeführt werden können, muss der Felsen gesichert werden. Die notwendigen Genehmigungen für letztere Arbeiten, die durch die spezialisierte Firma Voltige durchgeführt werden, liegen bereits vor, und auch der Kostenvoranschlag wurde schon genehmigt. Dennoch kann die Baustelle noch nicht eröffnet werden, weil die Genehmigungen seitens des Wasserwirtschaftsamts sowie der Naturschutzbehörde für die Erneuerung der Straße noch nicht vorliegen.

Der Ball liegt also jetzt bei zwei Ministerien. Die Straßenbaubehörde gehe allerdings davon aus, so Pereira, dass die Arbeiten bis zum kommenden Sommer zu Ende gebracht werden könnten, wenn denn die Stabilisierung des Felsblocks keine Überraschung parat halte.

Zurück zum Alltag

Sechs Monate nach dem Hochwasser an der Sauer kehrt bei den Betroffenen Normalität ein

Von Irina Figut
und Volker Bingenheimer

Echternach/Steinheim. Heftige Regenfälle, die Anfang Januar über Luxemburg niedergegangen waren, haben bei Viktor Wittal wieder unangenehme Erinnerungen geweckt. „Das ist die Folge von dem, was ich während des Hochwassers im Sommer erlebt habe“, sagt der Wahl-Echternacher. Seine Stimme klingt plötzlich traurig. „Ich kann jetzt nicht mehr einfach so ruhig dem Wasser zuschauen.“

Mitte Juli hatte die Flut in seinem Haus in der Rue du Chemin de Fer in Echternach hohe Schäden angerichtet: Der Keller seines dreistöckigen Hauses war bis zur Decke überflutet, im Erdgeschoss stand das Wasser 70 bis 80 Zentimeter hoch. „Das Wasser wäre fast bis zu unseren Fenstern gekommen“, erinnert sich Wittal an die dramatischen Ereignisse. Als Folge stand bei der Familie eine umfassende Renovierung des Hauses an, die sie eigentlich nicht geplant hatte. „Bis Ende August hat bei uns eine Firma die Räume im Haus getrocknet“, erzählt Viktor Wittal. „Ich musste jeden Tag circa 200 Liter Wasser entsorgen, die sich durch die Kondensierung und professionelle Trocknungsgeräte ansammelten.“ Auch sei der Energieverbrauch zu der Zeit im Haus enorm gestiegen.

Stressige Zeit im Sommer

Von der Versicherung hat Wittal Geld zurückbekommen: „Der Betrag entspricht ungefähr unseren

Vorstellungen, allerdings ist es schwierig, die genaue Summe der Schäden auszurechnen“, gibt der 51-Jährige zu. In manchen Fällen sei die Einschätzung durch die von der Versicherung eingestellten Experten für ihn „nicht logisch“ gewesen: „Sie haben zum Beispiel für unsere Waschmaschine, die durch das Hochwasser beschädigt wurde und vier Jahre auf dem Buckel hatte, viel weniger berechnet, als für den Staubsauger, der zweimal älter war.“

Die unmittelbare Zeit nach dem Hochwasser bezeichnet Wittal als sehr „stressbeladen“. Aufgrund des Sommerkollektivurlaubs im Baugewerbe konnte er keinen Handwerker für die Reparaturarbeiten finden, anschließend erwiesen sich die Dienstleistungen einer Baufirma als „problematisch“. Mitte November waren die Reparaturarbeiten in Wittals Haus abgeschlossen.

Mehrere Tausend Euro hat der studierte Informatiker ebenfalls in die Ausstattung im Haus investiert, um sich in Zukunft besser vor Hochwasser zu schützen. „Wir haben drei Rückstauklappen in der Kanalisation, den Regenwasserleitungen und den Leitungen unter dem Haus installiert.“ Wittal hofft, dass dies im Falle eines erneuten Hochwassers helfen wird: „Das Wasser wird dann nicht so stark in das Haus eindringen.“ Auch hat er alte Kellerfenster mit einigen Holzbalken, die durch das Wasser zunichte gegangen sind, ersetzen lassen.

Jetzt sei er schlauer: „Ich bewahre alles im Keller in Plastik-

schachteln auf, um diese so schnell wie möglich in Sicherheit zu bringen“, meint Wittal. Damals waren viele Sachen im Keller stark beschädigt worden. „Das Wasser war sehr schnell gekommen und wir hatten nicht viel Zeit, zu räumen.“

Sehnsucht nach alten Möbeln

Viktor Wittal ist sechs Monate nach den dramatischen Überschwemmungen an der Sauer mit seinem Alltag rundum zufrieden. „Schade, dass die Urlaubspläne platzen mussten, wir sind aber im Großen und Ganzen wieder zur Normalität zurückgekehrt.“ Mit einem Schmunzeln im Gesicht erinnert er sich an die vier Monate, die er und seine Familie im Haus ohne Küchenmöbel und Esszimmer verbracht haben. „Wir haben provisorisch draußen auf der Terrasse gekocht und jeder aß dann auf seinem Zimmer.“

Erst Mitte Dezember sind bei ihm neue Küchenmöbel eingetroffen. Der Kühlschrank fehlt jedoch noch. „Schade, dass ich einiges an Möbeln nicht wieder so kaufen kann, wie ich es früher hatte“, seufzt Wittal. „Ich weiß nicht, ob es besser oder schlechter ist, ich kann aber nicht mein altes Leben zurückerlangen, an das ich mich vorher so gewöhnt hatte.“

Glück im Unglück

Auch Casper Ingwersen aus Steinheim hat ein halbes Jahr nach der Katastrophe noch sehr lebendige Erinnerungen. „Die Tage um den 15. Juli waren Stress pur“, sagt er heute. Ingwersen lebt mit seiner Partnerin in einem Reihenhauses im Dorfkern von Steinheim, keine 100 Meter vom Ufer der Sauer entfernt. Auf dem Höhepunkt der Flut stand das Wasser 1,90 Meter hoch im Erdgeschoss des Hauses.

Am Abend des 14. Juli, einige Stunden vor dem Hochwasser, warnten Feuerwehrleute das Paar und die anderen Anwohner im alten Dorfkern von Steinheim. „Um

20 Uhr haben sie bei uns geklingelt und uns über die Hochwassergefahr informiert. Um 2 Uhr läuteten sie noch einmal und sagten, dass das Wasser gleich kommt“, erinnert er sich.

Die Stunden, bevor sie das Haus verlassen mussten, hatten die zwei noch genutzt, um so viele Gegenstände wie möglich in die oberen Geschosse zu bringen. Die Nacht verbrachte das Paar bei Ingwersens Eltern, die im gleichen Dorf, aber etwas höher gelegen, wohnen. Als das Hochwasser dann wieder verschwunden war, mussten Ingwersen und seine Partnerin drei Tage lang Schlamm und Dreck wegwputzen. Die Schadensbilanz: Mehrere schwere Geräte, die die zwei in der Eile nicht mehr retten konnten, sind kaputt. „Ein Kühlschrank, Bügeleisen, Trockner und ein Schrank mit Winterkleidern – das alles hat das Wasser zerstört“, sagt Ingwersen.

Dabei hatte er noch Glück im Unglück: Im Erdgeschoss des Hauses befindet sich nur die Garage und ein Abstellraum – der Architekt hatte wohl damals schon an die Hochwassergefahr gedacht. Am Ende der Häuserreihe hatte es eine Familie schlimmer erwischt, denn bei ihnen liegen außerdem Wohnräume im Erdgeschoss. Diese sind auch ein halbes Jahr nach der Flut nicht bewohnbar – in den leer geräumten Zimmern laufen immer noch die Bautrockner.

Casper Ingwersen und seine Partnerin haben sich entschieden, aus dem Haus wegzuziehen. „Nicht direkt wegen des Hochwassers, obwohl das bei der Überlegung mitgespielt hat“, sagt er. Angst vor einem erneuten Hochwasser hat er eigentlich nicht, obwohl er sich keine Illusionen macht: „Höchstwahrscheinlich wird so etwas in den nächsten zehn Jahren noch einmal passieren. Nur weiß eben niemand, wann es sein wird.“



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Luxemburg erreicht Etappenziel

EU-Länder produzieren mehr erneuerbare Energie

Luxemburg. Auf Ebene der Europäischen Union erreichte der Anteil des Bruttoendenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen im Jahr 2020 22 Prozent. Das teilte das EU-Statistikamt Eurostat gestern mit. Der Zielwert für 2020 in der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen lag bei 20 Prozent.

Was die nationalen Ziele betrifft, so haben 26 Mitgliedstaaten diese für 2020 erreicht oder über-

troffen, darunter Luxemburg, das EU-Angaben zufolge 2020 11,7 Prozent seines Energieverbrauchs mit erneuerbaren Quellen deckte. Das selbstgesteckte Ziel von elf Prozent ist damit um 0,7 Prozent übertroffen. Das Großherzogtum gehört allerdings zusammen mit Belgien (13 Prozent) und Malta (elf Prozent) zu den Ländern, die den geringsten Teil ihres Energiekonsums durch erneuerbare Energieproduktion decken. Den Energiebedarf deckt Luxemburg zu fast 90

Prozent durch Importe.

Frankreich verfehlte mit einem Wert von 19,1 Prozent erneuerbarer Energieproduktion das selbstgesteckte Ziel um 3,9 Prozentpunkte. Deutschland deckte 19,3 Prozent seines Verbrauchs mit erneuerbaren Quellen. Den Höchstwert erreichte Schweden mit 60,1 Prozent.

Bis 2030 will Luxemburg einen Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch von 25 Prozent erreichen. Das EU-weite Ziel bis dahin ist ein Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch von mindestens 27 Prozent.

MeM

Hohe Abhängigkeit

Über strategische Gasreserven verfügt die EU nicht – Luxemburg importiert zu 99 Prozent

Luxemburg. In der EU steigen die Energiepreise, Gasvorräte sind knapp. Nun beginnt auf europäischer Ebene die Diskussion darüber, eine Pflicht für Erdgasreserven einzufügen, so wie sie für Benzin und Heizöl seit der Ölkrise der 1970er-Jahre besteht. 20 Prozent des Stroms in der EU wurden zuletzt durch die Verbrennung von Erdgas hergestellt. Doch selbst bei Erdgas-Reservespeichern – was in Luxemburg wegen der geologischen Beschaffenheit nicht möglich ist – bleibt die Abhängigkeit groß.

Auch weil Erdgas als Pufferkraftstoff dienen soll, wenn kurzfristig mehr Strom gebraucht wird, eine ähnliche Funktion, wie sie das Pumpkraftwerk Vianden hat. Luxemburg importiert Elektrizität zu mehr als 80 Prozent. Die Eigenproduktion, die in den letzten Jahren gesteigert wurde, wird aber nie den Bedarf decken können. Wegen der erwarteten Zunahme des Stromkonsums sollen die Leitungen nach Deutschland ausgebaut werden.

MeM

Mineralöl, Strom, Erdgas: Woher Luxemburg seine Energie bezieht

Gas ist knapp, der Preis steigt.
Eine Pflicht für Reserven
besteht in der EU nicht

Von Marco Meng

Energie kann eine Waffe sein. Das spürte Europa in den 1970er-Jahren, als im Nahen Osten die Rohölexporte gedrosselt wurden. Seitdem besteht eine gesetzliche Pflicht in Europa zu Mineralölreserven. Angesichts der Abhängigkeit von Erdgas wird nun auch über eine „strategische Reserve“ für Erdgas diskutiert, das Europa zum großen Teil ebenfalls importieren muss. Fast zwei Millionen Kubikmeter (Nm³) Erdgas wurden 2020 in Luxemburg verbraucht, davon 750 000 Nm³ von Privathaushalten.

Im Luxemburger Stromnetz fließt laut Institut Luxembourgeois de Régulation (ILR) zu 80,7 Prozent (5 129 Gwh) importierte Elektrizität; etwa 70 Prozent davon kommt aus Deutschland (3 584 Gwh), 17,6 Prozent aus Frankreich (1 155 Gwh) und aus Belgien 5,9 Prozent (390 Gwh). Hinzu kommt 1 414 GWh Strom, der nicht ins öffentliche Netz eingespeist wird, sondern vom Kraftwerk Vianden direkt aus dem deutschen Netz ge-

zogen wird, um Wasser in das Oberbecken zu pumpen. Insgesamt ist im Pandemiejahr 2020 der Stromverbrauch in Luxemburg verglichen mit 2019 um 4,5 Prozent auf 6 262 Gwh zurückgegangen.

Zur Hälfte gefüllte Gasspeicher

Nach Angaben von Gas Infrastructure Europe (GIE), dem Interessenverband der europäischen Gasinfrastrukturbetreiber, sind die Erdgasspeicher der Versorgungsunternehmen in Europa derzeit zu 50 Prozent gefüllt und damit unter dem Niveau, das sonst um diese Zeit typisch ist, so jüngst das Energieministerium in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der CSV-Fraktion in der Chamber. Engpässe in der Versorgung seien aber nicht zu erwarten.

Allerdings hat Knappheit in der Wirtschaft immer einen Effekt: steigende Preise. Auch für Strom, denn 2020 beispielsweise wurden in der EU fast 20 Prozent des Stroms durch die Verbrennung von Gas hergestellt. Auf europäi-

scher Ebene sei Energieminister Claude Turmes (Déi Gréng) mit den Nachbarländern darum im Gespräch über eine bessere Regulierung der Gasspeicherung. „Ein gemeinsames präventives Vorgehen in diesem Bereich wäre im luxemburgischen Interesse und würde zur Marktberuhigung beitragen“, so das Ministerium.

Woher übrigens das Gas in Luxemburg genau kommt, ist schwer feststellbar. Es wird gemessen, wie viel Strom und Gas aus jedem der Nachbarländer kommt, „jedoch sagt dies nichts aus über die Lieferbeziehungen (Verträge), die die jeweiligen Lieferanten der Verbraucher mit Großhändlern oder Produzenten unterhalten“, erklärt dazu das ILR. Hinzu kommt, dass ein großer Teil der Energie über Börsen gehandelt wird, wo es nicht möglich ist, eine direkte Verbindung zwischen Käufer und Verkäufer zu ermitteln.

Stromleitung wird ausgebaut

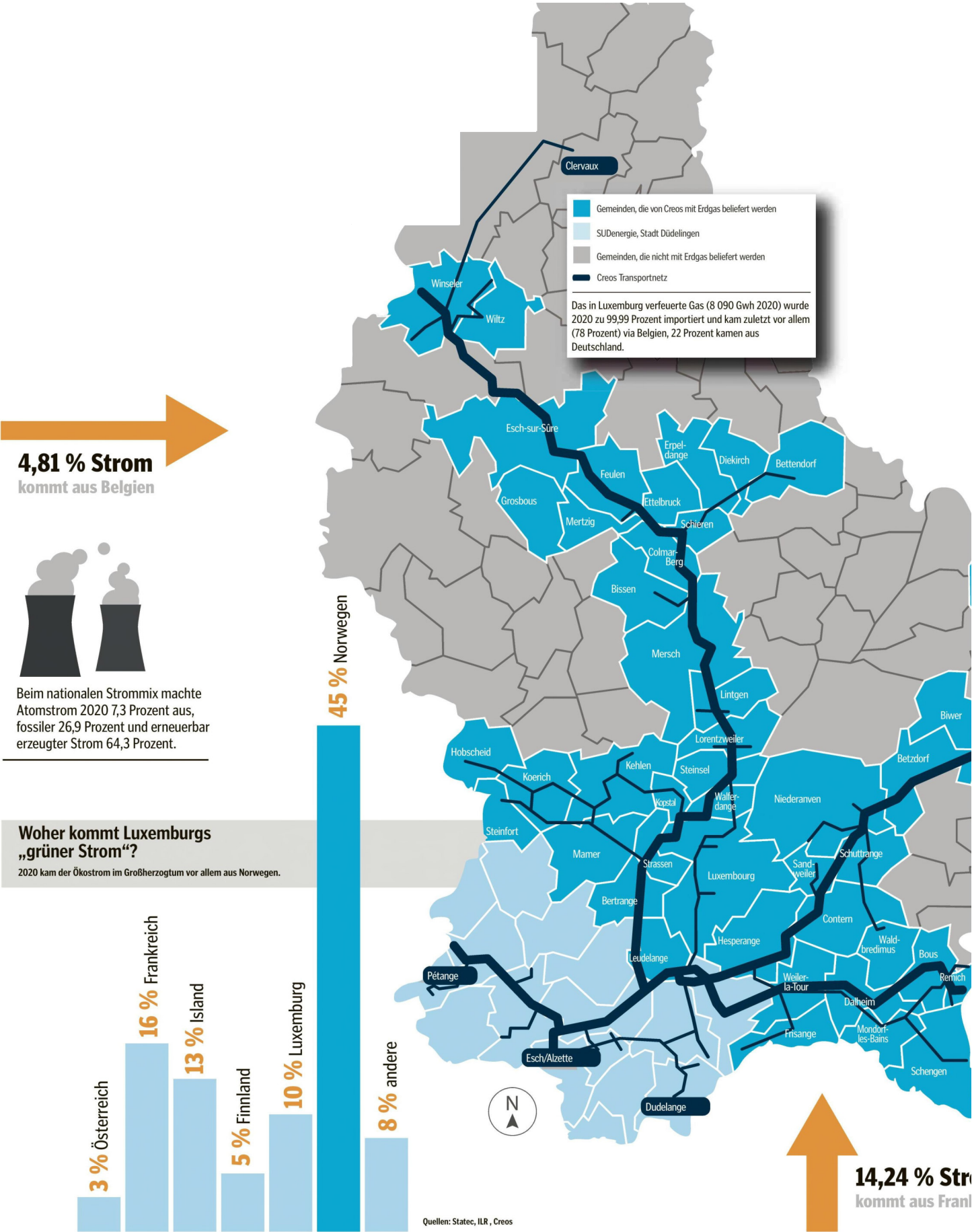
Beim Strom gibt es elektronische Zertifikate, sogenannte „Her-

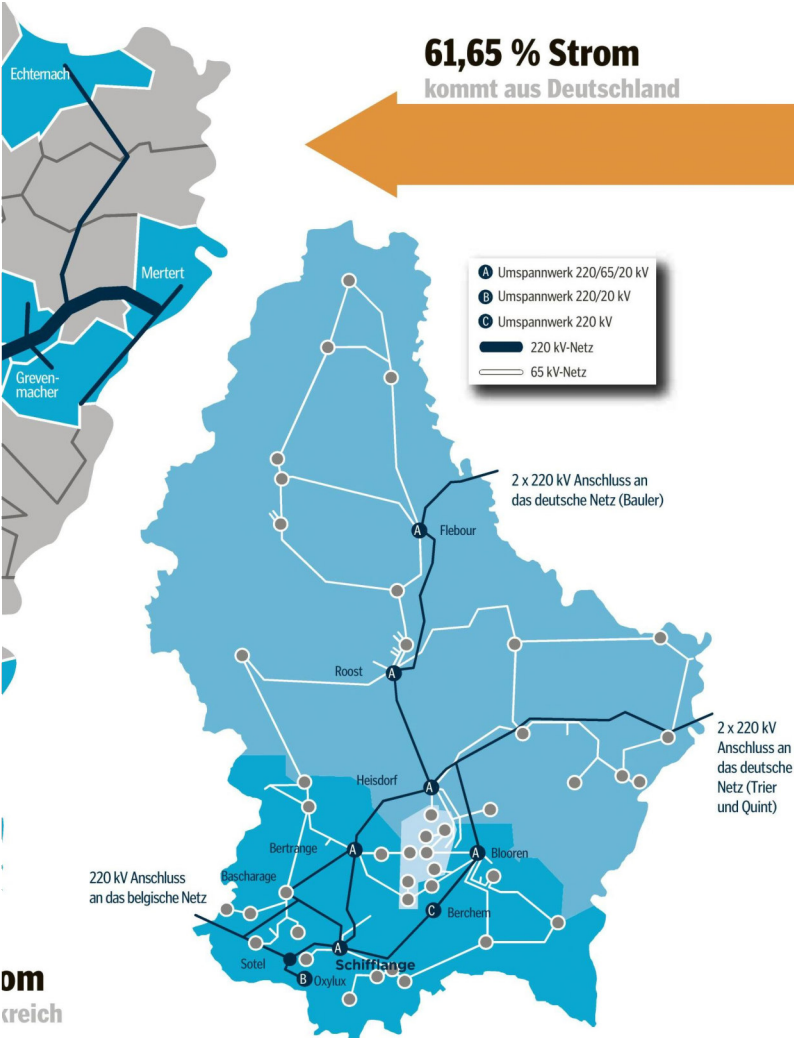
kunftsnachweise“, die losgelöst von der Energie gehandelt werden und es insbesondere den Erzeugern erneuerbarer Energien ermöglichen, das Merkmal „erneuerbar“ parallel zur eigentlichen Energie auf dem Markt zu verkaufen. Eine Aussage also, welcher Strom tatsächlich physisch in der Leitung ist, ist nicht möglich.

Derzeit beträgt die vertraglich festgelegte maximale Importkapazität für Elektrizität 980 MW für die Leitungen aus Deutschland. Der bislang gemessene Höchstimport betrug 785 MW. Angesichts des für 2033 erwarteten maximalen Belastungswachstums des Creos-Netzes von mehr als 70 Prozent aufgrund des Bevölkerungswachstums, der Zunahme an Elektromobilität, der Umstellung von fossilen Brennstoffen auf Strom sollen die Netzleitungen nach Deutschland ausgebaut werden. Das soll durch die Errichtung einer doppelten 380-kV-Leitung geschehen. Die Kapazität zwischen Luxemburg und Deutschland würde dadurch um etwa 1 000 MW erhöht.

Die Erdgasleitungen können Luxemburg mit 319 000 Kubikmeter pro Stunde versorgen. 2020 betrug der Höchstwert 213 528 Kubikmeter. Ein Ausbau der Erdgaspipeline ist darum nicht geplant.

● 2020 wurde in der
● EU fast 20 Prozent
des Stroms durch
die Verbrennung
von Gas
hergestellt.



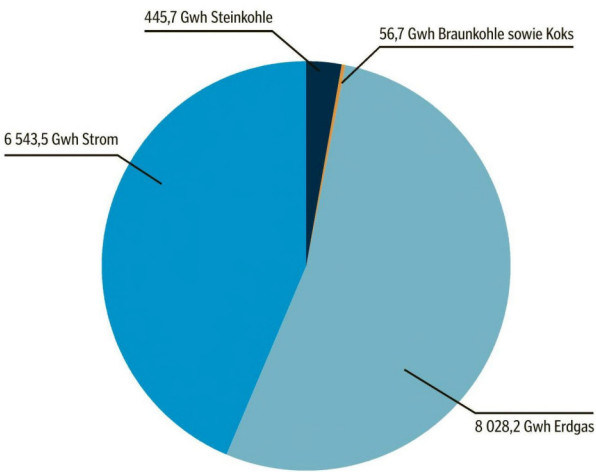


**Zu 80,7 % importiert
Luxemburg seinen Strom**

15,6 % wird in Luxemburg erneuerbar hergestellt
3,7 % wird in Luxemburg nicht erneuerbar hergestellt

So importierte Luxemburg

Insgesamt importierte Luxemburg 2020 Kraftstoffe im Energieäquivalent von etwa 43 058 Gigawattstunden, wobei feste und flüssige Kraftstoffe überwiegend vom Hafen Antwerpen kommen. Daneben versorgt eine Nato-Pipeline den Flughafen in Findel mit Kerosin: sie hat verschiedene Füllstationen wie auch Rotterdam oder Le Havre, wo Tanker aus dem Nahen Osten anlegen.



27 984,9 Gwh Mineralölprodukte, darunter 9 433,6 Gwh Benzin inklusive Kerosin, 18 231,7 Gwh brennbare Öle wie 15 075,7 Gwh Diesel, 3 143,4 Gwh Heizöl, 95,56 Flüssiggase wie Butan und Propan und 1 280,3 Gwh Biodiesel als Mischung. 27 984,9 Gwh Mineralölprodukte, darunter 9 433,6 Gwh Benzin inklusive Kerosin, 18 231,7 Gwh brennbare Öle wie 15 075,7 Gwh Diesel, 3 143,4 Gwh Heizöl, 95,56 Flüssiggase wie Butan und Propan und 1 280,3 Gwh Biodiesel als Mischung importierte Luxemburg 2020.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Hauptthema Pandemie

Die Stadt Luxemburg zieht Bilanz zu den Corona-Tests und präsentiert die neue Einwohnerzahl

Von David Thinnés

Luxemburg. Auch beim ersten City Breakfast, dem allmonatlichen Pressetermin in der hauptstädtischen Märei, war die Corona-Pandemie das prägende Thema.

So zog Bürgermeisterin Lydie Polfer (DP) Bilanz der Corona-Tests. Von Mai bis Oktober 2021 konnten diese Tests mit Gutscheinen gratis im Testzentrum der Hauptstadt oder in einer der 14 Apotheken durchgeführt werden. 84 822 Tests wurden in dieser Zeit durchgeführt, die meisten davon im Testzentrum in der Grand-Rue – und zwar etwa 45 000. Vom 1. November 2021 an kosteten die Tests dann mit Gutschein fünf Euro und ohne 15 Euro. Und die Statistik zeigt, dass die Anzahl stark anstieg. In den Monaten zuvor wurden etwa 7 000, 8 000 Tests pro Monat gezählt. Im November und Dezember waren es dann etwa 20 000 pro Monat. Das Gutschein-Prinzip wurde Ende Dezember 2021 eingestellt.

Das Lokal auf Nummer 70 der Grand-Rue steht bekanntlich seit dem 31. Dezember 2021 nicht mehr

zur Verfügung. „Die Stadt Luxemburg wollte den Mietvertrag mit dem Inhaber verlängern, dieser war aber nicht damit einverstanden“, so Lydie Polfer. Das Lokal in bester Lage steht nun noch immer leer. Während zwei Monaten wurden dort auch Impfungen vorgenommen: Hier wurden 4 476 Impfdosen gezählt, davon 711 Erstimpfungen.

Die Tests, die jetzt 15 Euro kosten, werden nun weiterhin in den 14 Apotheken und seit Anfang dieses Jahres auf der Place du Théâtre durchgeführt – wenigstens bis Ende Februar, so lange wie das aktuelle Covid-Gesetz Bestand hat.

Die Victor-Hugo-Halle bleibt indes weiterhin für Impfungen geschlossen. Anfang dieses Jahres war die Halle in Limpertsberg wegen sicherheitstechnischer Probleme geschlossen und die Impfungen in die Luxexpo in Kirchberg verlegt worden. An der Decke hatten sich Platten gelöst. „Diese werden jetzt mit feinmaschigen Netzen gesichert. Die Arbeiten sollen Mitte Februar abgeschlossen sein“, so die Bürgermeisterin, die aber offen ließ, ob dann wieder der er-

neute Umzug erfolgt: „Das Feedback der Menschen ist positiv. In der Luxexpo können außerdem bis zu 48 Impfstraßen eröffnet werden.“

Zuwachs von 3 986 Einwohnern

Traditionell wird beim ersten City Breakfast des Jahres auch die neue Einwohnerzahl der Hauptstadt mitgeteilt. Die Stadt Luxemburg hat 2021 die Marke der 125 000 Bürger überschritten. Auf den 31. Dezember wohnten 128 514 Menschen auf dem Gebiet der Hauptstadt, davon sind 90 715 Mitbürger aus dem Ausland und 37 799 Luxemburger. Im Vergleich zum Vorjahr ist es ein Zuwachs von 3 986 Personen.

Gut besuchte Weihnachtsmärkte

Eine weitere Zahl aus dem City Breakfast ist 1 200 000: So viele Eintritte wurden auf allen Weihnachtsmärkten der Hauptstadt gezählt. Insgesamt 579 000 Armbänder für den Covid-Check wurden verteilt, so dass die Gäste jeweils immer mindestens auf zwei Märkten waren.

Ein großer Erfolg war auch das Winterkids im Hof der ehemaligen Nationalbibliothek. Und dieses Konzept soll nachhaltig bestehen bleiben, wie der Erste Schöffe Serge Wilmes (CSV) vertrat. Nach Gesprächen mit dem Minister für öffentliche Bauten, François Bausch, (Déi Gréng), und Kulturministerin Sam Tanson (Déi Gréng) wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die im Februar mit den Diskussionen beginnt. „Wir wollen ein gemeinsames Projekt für Kinder ausarbeiten, das im Hof und im Erdgeschoss installiert werden soll“, so Serge Wilmes.

Zahl des Tages

128 514

Die Hauptstadt hat die Grenze der 125 000 Einwohner überschritten. Ende 2021 wohnten 128 514 Menschen in der Stadt Luxemburg. 3 986 Personen kamen dazu, 1 297 waren Neugeborene. Auf dem Gebiet der Hauptstadt wohnen Menschen aus 167 Nationen. Neben den Luxemburgern (37 799) stellt Frankreich mit 21 199 Einwohnern die größte Gemeinschaft.